

# *Süd*zeit



Jan. 09 | Nr. 40 | 2,50 €

Schwerpunkt: Klima–Wandel

Der moralische Bankrott

Bester Weltladen gekürt



**Eine Welt Journal Baden–Württemberg**

Dachverband Entwicklungspolitik  
Baden–Württemberg e.V.

## Schwerpunkt

- 4 Ein Atoll versinkt im Meer
- 6 Der Klimawandel hat mein Land verändert
- 8 Die Wüste kommt
- 10 Die Katastrophe bewältigen
- 11 Ein Schutzwall gegen den Wüstenwind
- 12 Land unter in Nord und Süd
- 14 Das Klima ist ein schlafender Tiger
- 16 Wir sind klimafreundlich
- 18 Den Regenwald schützen
- 19 Sind wir noch zu retten?

## Finanzen

- 20 Der moralische Bankrott

## Entwicklungspolitik

- 22 Länder sollen Bildung fördern

## Fairer Handel

- 24 Faire Richtlinien für Nestlé und Co

## DEAB

- 26 Bester Weltladen gekürt
- 27 Schutz vor Gentechnik gefordert

## Service

- 28 Termine
- 30 Briefe, Aktuell, Web-Infos

### Impressum

Herausgeber:  
Dachverband Entwicklungspolitik  
Baden-Württemberg (DEAB) e.V.,  
DEAB-Geschäftsstelle,  
Weißenburgstr. 13, 70180 Stuttgart,  
Tel. 0711/66487360,  
Fax 0711/6453136, info@deab.de,  
www.deab.de

Redaktion:  
Reinhard Hauff, Luzia Schuhmacher, Eugen  
Schütz, Uta Umpfenbach, Silke Wedemeier,  
Susanne Popp-Schnell, verantwortlich.

Redaktionsadresse:  
Redaktion SüdZeit,  
Susanne Popp-Schnell, Mühlrainstr. 15,  
97941 Tauberbischofsheim,  
Tel. 09341/897888, suedzeit@deab.de.

Nächster Redaktionsschluss:  
10. Februar 2009.

Anzeigen-, Abo- und Finanzverwaltung:  
Uta Umpfenbach, Lehmenstr. 4,  
71254 Heimerdingen,  
Tel. 07152/59532, abo@deab.de.

Konto für Abos und Spenden:  
DEAB e.V./Südzeit, GLS-Bank,  
BLZ 430 609 67, Konto 75548901.

Layout: Scharmant Design,  
Heike Scharm, www.scharmant.de  
Korrektur: Silke Wedemeier, Stuttgart  
Titelfoto: Gana Unnayan Kendra, Netz  
Druck: Torso Media, www.torso-media.de  
Versand: Caritas-Neckartalwerkstätten,  
Hedelfingen  
Bildquelle: siehe Seite 29

Diese Südzeit wird gefördert von der Aktion  
Hoffnung der ako, Stuttgart, und dem  
Evangelischen Entwicklungsdienst, Bonn.

Wir danken allen, die uns im vergangenen  
Jahr unterstützt haben:  
Evangelische Landeskirche Baden, Diözese  
Rottenburg-Stuttgart, Evangelische Landes-  
kirche Württemberg, Mali Frerich-Spitzer,  
Ingrid Abrell, Silke Wedemeier, Kipepeo  
bio&fair GmbH, AK für gerechte Entwick-  
lungspolitik e.V. Schorndorf.



Liebe Leserin, lieber Leser,

haben Sie sich während der Feiertage klimafreundlich verhalten? Sind Sie frei von verführerischen Schizophrenien, wie beispielsweise eine Bio-Pizza unter dem Wärmepilz zu verspeisen? Es fällt nicht leicht, seinen Alltag nachhaltig zu gestalten. Manch einer mag bezweifeln, dass dies nötig ist. Der Kenianer Professor Jesse Mugambi erlebt die Folgen der Erderwärmung hautnah. Er berichtet von abschmelzenden Eiskappen sowie austrocknenden Flüssen und mahnt, sofort Strategien zur Emissionsreduzierung umzusetzen. Aus Bangladesch prognostiziert der Klimaforscher Atiq Rahmann, dass in den kommenden Jahrzehnten Millionen von Klimaflüchtlingen nach Deutschland drängen werden. Angesichts dieser dramatischen Situation bemühen sich viele Menschen um einen nachhaltigen Lebensstil. Doch genügt das individuelle Engagement? Die Referentinnen und Referenten der Konferenz „Sind wir noch zu retten?“, die von BUND und Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, DEAB, veranstaltet wurde, waren sich einig, dass das Engagement des Einzelnen zwar wichtig sei, jedoch nicht genüge, um einen Wandel herbeizuführen. Zu viele Hemmnisse, wie beispielsweise unzureichende Informationen oder fehlender Handlungsspielraum, vereiteln die individuellen Bemühungen. Nötig sind deshalb klimafreundliche Rahmenbedingungen. Sowohl national als auch international ist eine mutigere, nachhaltigere Politik vonnöten. Das neue (Wahl)jahr birgt die Chance, die Politiker in die Pflicht zu nehmen.  
Susanne Popp-Schnell



Titelfoto:  
Die Menschen in Bangla-  
desch leiden unter immer  
häufigeren und stärkeren  
Überschwemmungen.  
Foto: Gana Unnayan  
Kendra, Netz

## Ein Atoll versinkt im Meer

Viele Jahre lang kämpften die Bewohner der Carteret-Inseln gegen den Zugriff des Meeres auf ihr Land. Nun müssen sie sich ein neues Zuhause suchen

Was passiert mit Menschen, deren Heimat ohne eigenes Zutun unbewohnbar wird? Das ist das Schicksal der 3.200 Bewohner der zu Papua-Neuguinea gehörenden Carteret-Inseln, 86 Kilometer östlich der Insel Bougainville im pazifischen Ozean. Das Carteret-Atoll besteht aus 1,5 Meter über dem Meeresspiegel gelegenen Inseln und erstreckt sich hufeisenförmig 30 Kilometer in Nord-Süd-Richtung. Die Landfläche der sechs Inseln beträgt zusammen nur 1,6 Quadratkilometer (Nürnberg: 186,4 km<sup>2</sup>). Der Lebensraum der Atollbewohner ist räumlich eng begrenzt.

**Atolle bestehen aus Riffrändern** aus Korallengestein. Das Kalkgestein ist porös, die nährstoffhaltige Bodenschicht darauf sehr dünn. Im Inneren der Inseln befindet sich eine mit Salzwasser gefüllte Lagune, die durch Lücken im Atollring mit dem offenen Meer verbunden ist. Hier gehen die Männer auf Fischfang. Trinkwasser können die Menschen aus dem Regenwasser und aus der Süßwasserlinse gewinnen, einer Wasserblase im Kalkgestein des Atolls. Steigt der Meeresspiegel an, dringt Salzwasser in diese Linse ein. Zur Versalzung tragen auch Sturmfluten bei, die die niedrigen Inseln nun häufiger als früher treffen. Atolle liegen nur zwei bis maximal fünf Meter über dem Meeresspiegel und sind nicht mehr als einen Kilometer breit.

**Auf den kargen Böden** können nur wenige Nutzpflanzen wie Kokospalmen, Brotfruchtbäume, Taro und Schraubpalmen gedeihen. Versalzt das für das Gedeihen der

Pflanzen nötige Wasser, gehen die Pflanzen ein. Bei stürmischer See oder Springflut drückt das Meer so stark gegen die Süßwasserlinse im Inselboden, dass das kostbare Nass an der Oberfläche in dreieckigen Pfützen verdunstet.

Da Atollbewohner Subsistenzbauern sind, d.h. die für ihr Überleben notwendigen Lebensmittel selbst anbauen und fischen, verlieren sie mit der Versalzung der Böden ihre Lebensgrundlage und werden von Nahrungsmittelimporten abhängig.

**Seit 20 Jahren** haben die Carteret-Insulaner die drohende Hungersnot bekämpft: Sie haben Deiche gebaut, um die Inseln bei Sturmfluten und so genannten „Monsterwellen“ besser vor Erosionen des kostbaren Humus zu schützen. Sie haben Mangroven gepflanzt, um die Küste vor dem „Ausfransen“ zu schützen. Sie haben ihre Hütten ins Landesinnere verlegt, sofern man bei einem schmalen Atoll von einem „Inselinneren“ sprechen kann. Sie haben Regenwassertanks angelegt und sich um den Anbau salzresistenterer Nahrungsmittel bemüht. Selbst den arbeitsintensiven Pflanzenanbau in Konservendosen zum Schutz vor dem eindringenden Salzwasser haben sie nicht gescheut.

**Letztendlich haben die Menschen** den Kampf um ihr Land jedoch verloren. Die Stürme und Sturmfluten haben zugenommen, sie haben die Häuser weggeschwemmt, die Gemüsegärten zerstört und die Süßwasserlinsen verdorben. Klimaexperten rechnen bis zum Jahr 2015 mit dem Untergang der Carteret-Inseln, wenn die Schätzungen des International

Panale on Climate Change (IPCC, Weltklimarat) zutreffen. Der IPCC geht von einem Anstieg des Meeresspiegels von bis zu 59 Zentimeter bis zum Jahr 2100 aus. Unter Zunahme weiterer Kriterien wie etwa dem Abschmelzen von Gletschern oder dem Abbrechen von Schelfeis-Flächen vor den Küsten Grönlands und der West-Antarktis könnte der Meeresspiegel bis zum Ende unseres Jahrhunderts gar um 0,80 bis 1,30 Meter ansteigen.

**Die Regierung** von Papua-Neuguinea entschied Ende 2005 die Umsiedlung der Atollbewohner. Die Carteret-Insulaner hatten „Glück im Unglück“, dass ihnen die Regierung ihres Landes bei der Suche nach einer neuen Heimat behilflich war und die Menschen ohne bürokratische Hürden umziehen können. Vorsorglich haben bereits die Bewohner der extrem vom Meeresspiegelanstieg bedrohten Inselstaaten Tuvalu und Kiribati bei den Regierungen von Australien und Neuseeland angefragt, ob sie bereit wären, im Falle des Untergangs der Inseln ihren Bewohnern Asyl zu gewähren. Bis dato haben beide Länder dazu noch keinen dezidierten Standpunkt bezogen, sondern sich auf strenge Einwanderungskriterien und „Ausländerquoten“ berufen.

**Die Carteret-Insulaner** zählen somit zu den weltweit ersten „Klimaflüchtlingen“. Noch ist dieser Begriff rechtlich undefiniert. Die Genfer Flüchtlingskonvention erkennt nur die Verfolgung durch andere Menschen etwa aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen an. Außerdem müssen Flüchtlinge internationale Grenzen überschritten haben, sonst gelten sie als „Vertriebene“. Da die klimabedingte Umsiedlung ganzer Völker jedoch zunimmt, wird man



Die Menschen der Carteret-Inseln haben den Kampf um ihr Land verloren.

nicht umhin kommen, „Klimaflüchtlinge“ offiziell als Flüchtlinge anzuerkennen.

**Dafür setzt sich auch Basil Peso ein.** Er ist Mitarbeiter im „Carteret Island Relocation Programme“. Seinem Engagement ist es zu verdanken, dass die Carteret-Insulaner auf der Insel Bougainville eine neue Heimat finden können. Die katholische Kirche stiftete Küstengrundstücke. Jeweils zehn Familien auf einmal ziehen in die von neuguineischen Architekturstudenten geplanten und von freiwilligen Helfern erbauten Hütten. Ein Schul- und Gemeindehaus sowie einen Sportplatz gibt es bereits in dem künstlich angelegten Dorf. Die

Gelder dazu kamen von der Regierung Neuguineas. Basil Peso hofft, die besonderen kulturellen Traditionen der Atollbewohner auch auf dem Festland bewahren zu können. „Auch wenn unser Land im Ozean untergehen wird, darf unsere Kultur doch nicht einfach so verschwinden.“

**Sturmfluten und der Meeresspiegelanstieg** sind nur zwei der Auswirkungen des Klimawandels, den pazifische Inselbewohner am eigenen Leib verspüren. Niedrig gelegene kleine Inselstaaten sind besonders anfällig für klimatische Veränderungen, sie heißen im Fachjargon „verletzliche Staaten“. 43

dieser Staaten haben sich zur „Alliance of Small Island States“ (AOSIS) zusammengeschlossen. Die Mitglieder dieser Allianz repräsentieren nur fünf Prozent der Weltbevölkerung, gehören aber zu den eifrigsten Mahnern für eine wirksame internationale Klimaschutzpolitik. Bei den Konferenzen der UN-Klimarahmenkonvention erheben sie ihre Stimme unter dem Motto „No island is left behind“.

**Auch die pazifischen Kirchen** engagieren sich im „Pazifischen Kirchenrat“ für den Klimaschutz. In ihrer 2004 auf Kiribati verabschiedeten Erklärung „Otin-Taai“ (dt. Sonnenaufgang) richten sie sich an Energiekonzerne, Energie verbrauchende Unternehmen und Regierungen im Pazifik und in den Industrieländern. Sie mahnen an, verantwortlich zu handeln, klimaschädliche Emissionen zu senken und Klimapolitik zur obersten Priorität zu machen. Beim Kampf gegen die Auswirkungen des Klimawandels steht für den pazifischen Kirchenrat die „ökumenische Solidarität“ im Mittelpunkt. Da Deutschland und die Pazifikinseln gleichermaßen vom Klimawandel betroffen sind, müssen sich die Länder auch gegenseitig bei ihren Anstrengungen zum Stopp des Klimawandels unterstützen und für einander Verantwortung übernehmen.

■ Julia Ratzmann, Pazifik-Informationsstelle, Neuendettelsau

Julia Ratzmann leitet seit dem Jahr 2000 die Pazifik-Informationsstelle im fränkischen Neuendettelsau. Diese ökumenische Initiative setzt sich in Deutschland für die Interessen der Pazifikbewohner ein und macht auf Missstände im „Südseeparadies“ aufmerksam.

## „Der Klimawandel hat mein Land verändert“

Interview mit Professor Jesse Mugambi in Nairobi, Mitglied der Arbeitsgruppe Klimawandel des Ökumenischen Rates der Kirchen

**Herr Professor Mugambi, welche persönlichen Erfahrungen verbinden Sie mit dem Klimawandel?**

In meiner Kindheit war das Wasser so klar, dass man die Felsen auf dem Grund sehen konnte. Forellen zu fangen war deshalb ganz einfach und wir hatten Spaß daran.

Wenn wir angelten, konnten wir im Wasser beobachten, wie die Fische anbissen. Dann aber wurden Kaffee und Tee angebaut. Erst wurden die Flüsse durch Erosion verschmutzt und dann gab es kein Wasser mehr.

Kenia ist meine Heimat. Die Auswirkungen des Klimawandels haben das Land radikal verändert. Wie Sie wissen, bedeutet der Name des Mt Kenya „Weißer Berg“.

Der Schnee und die Gletscher, die seit Generationen den Berg bedeckten, sind jedoch fast verschwunden. Wir brauchen den Schnee und die Gletscher des Mt Kenya und Mt Kilimanjaro aber unbedingt für unsere Trinkwasserversorgung und die Landwirtschaft. Die Regenzeiten sind unberechenbarer geworden, extreme Witterungsverhältnisse wie Trockenheit und Stürme machen eine nachhaltige Landwirtschaft unmöglich. So ernst ist das Problem.

**Wie wirken sich die schmelzenden Gletscher des Mt Kenya und Mt Kilimanjaro auf das regionale Klima aus?**

Diese Eiskappen haben früher die Flüsse mit Wasser versorgt, aber da es nun kaum noch Eis gibt, werden die Flüsse austrocknen und die Ansiedlungen in der Nähe werden kein Wasser mehr zum Trinken und für die Landwirtschaft haben. Mir wurde berichtet, dass dies bereits zum Problem geworden sei und dass das Überleben der Ansiedlungen, die auf dieses Wasser angewiesen sind, bereits gefährdet sind. Der Wettlauf um Wasser, Weide- und Ackerland hat bereits begonnen.

**Wie geht die Bevölkerung mit dieser Situation um?**

Religiöse Organisationen haben die Initiative ergriffen. Wir haben eine Kooperation zwischen der „All Africa Conference of Churches“ und der Caritas auf den Weg gebracht und wir fördern eine Reihe von Veranstaltungen, die die Öffentlichkeit über das Problem informieren sollen. In Zusammenarbeit mit unseren ökumenischen Partnerorganisationen in der Katastrophen- und Entwicklungshilfe in den Industriestaaten versuchen wir eine Reihe von Gemeinde-Projekten zu initiieren, die sich mit dem Klimawandel und insbesondere mit den Wasserproblemen beschäftigen.

**Wie begegnen diese Gemeinden dem Klimawandel?**

In der Mt Kenya-Region haben sich christliche Gemeinden zusammengeschlossen, um kleine Dämme durch die Flüsse und Ströme an den Berghängen zu bauen. Sie hoffen, damit die Lebensqualität dieser Gemeinden zu verbessern und die landwirtschaftliche Produktion anzukurbeln. In der Kilimanjaro-Region führt die Evangelisch-Lutherische Kirche in Tansania, ELCT, eine Baumpflanz-Kampagne durch. Kinder im Konfirmationsalter sollen für einen Zeitraum von zwei Jahren die Patenschaft für mindestens zehn Bäume übernehmen. Auch mit anderen Programmen versucht die ELCT, die Sensibilisierung für das Problem der schwindenden Baum-Population zu erhöhen.

**Was beunruhigt Sie an der gegenwärtigen Klimakrise am meisten?**

Wer hofft, die Berggipfel wieder völlig schneebedeckt zu sehen, wird sich Jahrzehnte lang gedulden müssen, selbst wenn umgehend Maßnahmen zur Rettung der Eisfelder



ergriffen werden. In diesem Zeitraum könnte es zu ökologisch bedingter Migration kommen. Wir müssen jetzt beginnen!

**Was erwarten Sie von den Politikern?**

Die Regierungen der Industrienationen müssen sich an die Vereinbarungen halten, die in der UN-Konvention über den Klimawandel festgehalten wurden. Die reichen Länder tragen die Hauptverantwortung für den Klimawandel und müssen Strategien entwickeln, ihre Emissionen zu reduzieren.

Das Kyoto-Protokoll sollte von allen Staaten, die es unterzeichnet haben, eingehalten werden. Die Industrienationen, die es nicht unterzeichnet haben, sollten zumindest strenge Zielvorgaben entwickeln, die sich am Protokoll orientieren. Das Kyoto-Protokoll sollte eigentlich von allen Nationen unterzeichnet werden. Die Weigerung einiger Nationen, diesem globalen

Konsens beizutreten, betrachte ich als schweren Rückschlag in den Bemühungen, die Zerstörungen durch den Klimawandel abzuwenden.

Die reichen Industriestaaten verbrauchen einen höheren Anteil an der globalen Atmosphäre. Sie müssen diese „ökologische Schuld“ kompensieren, indem sie die Kosten, die für die Anpassung an den Klimawandel entstehen, übernehmen. Die Industriestaaten müssen ihren Emissionsausstoß drastisch reduzieren, damit die är-

meren Länder ihre berechtigten eigenen Entwicklungsziele erreichen können.

Alle Staaten müssen sich auf ein Rahmenabkommen zum Klimaschutz, das eine gleichberechtigte Entwicklung für alle ermöglicht, für die Zeit nach 2012 einigen und verpflichten. Die Treibhausgase müssen dabei so in Grenzen gehalten werden, dass die weltweite Durchschnittstemperatur um weniger als zwei Grad Celsius über das Niveau des vorindustriellen Zeitalters ansteigt.

## Die Wüste kommt

In Südafrika kämpfen Rooibos-Bauern gegen die Dürre



Die Kleinbauern in Südafrika versuchen, wilde Rooibos-Sorten einzusetzen.

Seit vier Jahrzehnten ist eine Klimaerwärmung am Westkap Südafrikas zu beobachten. Temperaturaufzeichnungen in der Provinz zeigen, dass die Temperatur in diesem Zeitraum durchschnittlich um ein Grad Celsius gestiegen ist. Auch der Zeitabstand zwischen Trocken- und Regenzeit wird immer größer. Die steigenden Temperaturen und unregelmäßigeren Regenfälle lassen Quellen versiegen. Auch die heimischen Pflanzen reagieren auf den Klimawandel.

Natürlich bemerken auch die Bio-Rooibos-Kleinbauern der Heiveld-Kooperative die Folgen der Klimaerwärmung und versuchen gegenzusteuern. Durch Mulchen soll die Feuchtigkeit in der Erde gehalten werden, Wind-

schutzstreifen sollen vor dem trockenen Wind schützen. Im Jahr 2003 ließ eine unerwartete Dürre tausende Rooibos-Tee-Setzlinge der Kooperative eingehen und die halbe Ernte war zerstört. Deshalb versuchen die Rooibos-Kleinbauern, auch wilde Rooibos-Sorten zu finden und einzusetzen. Diese sind robuster und besser an harte Umweltbedingungen angepasst als gewerbliche Nutzpflanzen. Die wilden Arten erreichen ein höheres Lebensalter und überstehen die lange Trockenheit besser. All dies sind Maßnahmen gegen die Wüste, die sich weiter vordrängt – als Folge des Raubbaus an Natur und Ressourcen.

■ Elisabeth Siebenrogg, dwp

## Die Katastrophe bewältigen

Auf der Klimakonferenz in Bali wurde ein Anpassungsfonds gefeiert, der armen Menschen helfen soll, die Folgen des Klimawandels zu bewältigen. Doch die Weltbank hat andere Pläne



Mit jeder Wetterkatastrophe droht den Armen ein endgültiges Abrutschen in die extreme Armut.

Während unser energie- und ressourcenintensiver Lebensstil eine der Hauptursachen für den Klimawandel ist, sind vor allem die Armen in den Ländern des Südens von seinen Folgen betroffen. Sie sind kaum in der Lage, Krisen wie z.B. schlechte Ernten zu bewältigen, weil sie keine Rücklagen aufbauen können. Auch die Zunahme von extremen Wetterereignissen wie Starkregen und Wirbelstürme gefährdet vor allem die Armen. Sie sind es, die an erdrutschgefährdeten Berghängen oder an durch Überschwemmung bedrohten Flussufern leben und ihre Häuser bei Unwettern verlieren. Zudem sind die Menschen kaum

versichert und nach wetterbedingten Katastrophen allein auf mildtätige Unterstützung aus den Industrienationen angewiesen, da die Regierungen der Entwicklungsländer mit diesen Ereignissen überfordert sind oder Korruption die Umsetzung von Hilfsprogrammen behindert. Damit droht armen Menschen mit jeder Wetterkatastrophe ein endgültiges Abrutschen in die extreme Armut. Als „Anpassung“ an die veränderten Bedingungen bleibt nur, die Kinder von der Schule zu nehmen oder sogar in die ausufernden Elendsviertel der Großstädte abzuwandern. Wenn auch Bauernfamilien weltweit durch eine diversi-

fizierte, nachhaltige Landwirtschaft eine große Anpassungsleistung vollbringen oder Gemeinden gemeinsam Frühwarnsysteme implementieren, übersteigt das Ausmaß der Veränderungen durch den Klimawandel in vielen Fällen die Möglichkeiten der zumeist armen Familien – sie brauchen Unterstützung. Der Bau von Dämmen zum Schutz vor Überflutungen erfordert z.B. staatliche Hilfen. Nötig sind unter anderem funktionierende Frühwarnsysteme, die alle Bevölkerungsgruppen erreichen, Präventions- und Schutzmaßnahmen und Soforthilfeprogramme für die von Klimakatastrophen betroffenen Menschen. Darüber hinaus muss die Bevölkerung auch gegenüber den schleichenden Folgen des Klimawandels resistenter werden. So ist etwa die nachhaltige Landnutzung zu fördern, die durch Vielfalt, Bodenschutz und geringeren Wasserbedarf unanfälliger ist gegen Klimarisiken. Zudem müssen Ökosysteme besser geschützt werden – dies nutzt dem Klima und den Menschen vor Ort. Vergessen werden darf bei all dem nicht, dass die Selbsthilfepotenziale der Bevölkerung gestärkt werden müssen; Armutsbekämpfung ist nötiger denn je.

Die CO<sub>2</sub>-Schulden der Industrieländer bringen die Verpflichtung mit sich, die Entwicklungsländer zu unterstützen, mit den Folgen des Klimawandels leben zu lernen bzw. für nicht abzuwendende Schäden aufzukommen.

Erste Schätzungen gehen davon aus, dass zusätzlich zur jetzigen Entwicklungsfinanzierung bis zu 86 Milliarden US-Dollar pro Jahr nötig sind, um die negativen Folgen des Klimawandels zu verhindern bzw. abzumildern. Die Anpassung an den Klimawandel sollte eng an die Entwicklungszusammenarbeit angegliedert sein, um bestehendes Know-

how zu nutzen. Allerdings müssen neue und zusätzliche Finanzmittel gestellt werden; eine Umleitung von Entwicklungshilfe darf nicht die Lösung sein, da dies dem Verursacherprinzip widersprechen würde.

### Ein Erfolg: Entwicklungsländer bestimmen über den Fonds

Von diesem Prinzip geht auch der Anpassungsfonds aus, der seit der Klimakonferenz 2007 in Bali etabliert ist. Er wird gespeist aus einer zweiprozentigen Abgabe auf Emissionsrechte aus dem Clean Development Mechanism (CDM). Dieser ermöglicht es Unternehmen oder Nationalstaaten, ihre Klimaschutzverpflichtungen auch in Entwicklungs- und Schwellenländern zu erfüllen. Bisher sind etwa 26 Millionen US-Dollar im Fonds, bis zum Jahr 2012 werden 160 bis 950 Millionen erwartet. Angesichts des Notwendigen ist dies ein Tropfen auf den heißen Stein. Allerdings hat dieser Fonds zwei interessante Aspekte: Unternehmen zahlen für die Anpassung an den Klimawandel und Entwicklungsländer haben die Mehrheit im Leitungsgremium des Fonds. Zudem könnte er auch aus anderen Quellen bedient werden.

Dies ist ein großer Erfolg der Entwicklungsländer. Denn der Finanzierungsmechanismus für den globalen Umweltschutz der Weltbank (Global Environmental Facility; GEF) hat sich massiv dafür eingesetzt, dass sie den Fonds verwalten darf. Dies hätte den Geberländern die Entscheidungsmacht über die Verwendung der Mittel gegeben und nicht denen, für die der Fonds aufgelegt wurde und die von den Auswirkungen der Klimakatastrophe direkt betroffen sind. Die GEF verwaltet bereits zwei andere Fonds unter dem internationalen Klimaschutzabkommen zur Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Anpassung und klimafreundlichen Entwicklung und wollte ihre Position stärken. Aber ihr kommt nun im Anpassungsfonds lediglich die Rolle eines Sekretariats zu, und selbst diese Funktion soll periodisch geprüft werden. Für die Weltbank und viele Geberstaaten war dies eine schwere Niederlage.

### Die Weltbank gibt nicht nach

Doch die Weltbank gibt nicht so schnell auf. Unterstützt durch Japan, USA und Großbritannien hat sie eigene neue Klimafonds erfolgreich beworben, die „Climate Investment Funds“, zur Anpassung bzw. Bekämpfung des Klimawandels über Technologietransfer für Klimaschutz, Anpassung und Waldschutz. Die Kontrolle über diese Fonds-Mittel haben diejenigen, die das Geld zur Verfügung stellen und damit diejenigen, die für den Klimawandel verantwortlich sind. Die G8-Staaten haben insgesamt sechs Milliarden US-Dollar bereitgestellt. Zwar beteuert die Weltbank, dass diese Fonds nicht als Konkurrenz zu den Fonds unter dem UN-Klimaschutzabkommen stehen. Dies ist aber sehr zu bezweifeln, weil Geber in der Regel Fonds vorziehen, in denen sie allein über die Verwendung der Mittel entscheiden können.

Besonders bedenklich ist, dass Japan die Mittel aus Entwicklungstöpfen entnehmen will. Großbritannien stellt das Geld gar nur für Kredite zur Verfügung. Dies widerspricht nicht nur vehement dem Verursacherprinzip! Zudem droht damit eine Neuverschuldung der Entwicklungsländer. Denn Finanzmittel zum Schutz der Bevölkerung, etwa durch den Bau von Deichen, sind nicht wertschöpfend anzulegen. Indien lehnte daher öffentlich ab, Gelder aus dem Fonds zu beziehen.

Andererseits wird auch der Anpassungsfonds allein nicht zu einer transparenten, armutsorientierten und effizienten Verteilung und Anwendung der Mittel führen – aber er ist gestaltbar. Korruption, sowie wachstumsorientierte Entwicklungsprioritäten auf Kosten der Armen sind aus anderen Politikfeldern bekannt. Hier muss eine effektive Beteiligung durch die Bevölkerung gewährleistet und Transparenz hergestellt werden. Die Bedürfnisse der am stärksten Betroffenen müssen als erstes befriedigt und ihre Erfahrung und ihr Wissen muss voll berücksichtigt werden, um Fehlsteuerungen zu vermeiden. Entwicklungsorganisationen wie MISEREOR stehen vor der Herausforderung, die Zivilgesellschaft vor Ort über die freigesetzten Mittel zu informieren und sie darin zu unterstützen, zu partizipieren bzw. sich selbst um diese Mittel zu bemühen.

Trotz dieser Bedenken ist der bestehende Anpassungsfonds unter dem Dach der Klimarahmenkonvention längst überfällig und muss unbedingt ausgebaut werden. Der Vorstoß der Weltbank gefährdet den Fortschritt in der internationalen Klimaschutzpolitik. Die Unterstützung der Industrieländer für die Entwicklungsländer und deren volle Mitsprache bei der Verwendung der Mittel ist nicht nur gerecht. Sie wird auch Vertrauen schaffen! Ohne dieses werden Schwellenländer nicht bereit sein, selbst emissionsarme Wirtschaftspfade einzuleiten. Ohne die Beteiligung der Schwellenländer ist aber die Begrenzung des Klimawandels auf zwei Grad gegenüber vorindustriellem Niveau nicht mehr zu bewältigen. Und ohne Beteiligung der Schwellenländer sind Industriestaaten wie Japan wiederum nicht bereit, die nötigen Reduktionsverpflichtungen wahrzunehmen. Die Weltbank und die am Fonds beteiligten Länder könnten damit einen weiteren Stillstand bei den internationalen Verhandlungen auslösen. Ohne Abkommen aber wird es keine Verpflichtung der Industrienationen geben, für die Anpassung an den Klimawandel aufzukommen.

Die Weltbank hat auf diese Kritik reagiert und eine Klausel gesetzt: Sobald Klimafonds zur Anpassung unter dem UN-Klimaschutzabkommen etabliert sind und funktionieren, sollen die Weltbankfonds aufgelöst werden. Fraglich ist nur, warum nicht versucht wurde, die drei bestehenden Fonds unter dem Klimaschutzabkommen zu füttern, um sie besser wirksam werden zu lassen. Es bleibt abzuwarten, ob die Weltbank tatsächlich bereit sein wird, Macht und Einfluss sowie die damit verbundenen Mittel aufzugeben.

■ Anika Schroeder, Misereor



In Thailand sind die Regenzeiten und Regenmengen durch den Klimawandel nicht mehr seriös einzuschätzen. Die ökologisch wirtschaftenden Kokos-Bauern mussten die Pufferzonen zu konventionellen Gärten vergrößern, damit ihre Grundstücke bei Überschwemmungen von der Chemie der Nachbarn verschont bleiben. Mit großen Gräben wird das Wasser nun ins Meer geleitet. Diversifizierung hilft, Ernteauffälle zu kompensieren. Durch die veränderten Wetterverhältnisse benötigen die Menschen größere Erntemengen, um ihre Familien zu ernähren. Diese bleiben aber aus oder sind nicht mehr berechenbar. Die Kleinbauern brauchen dringend den Fairen Handel, der ihnen höhere Preise garantiert. Stefan Bächle, dwp.

## Das Klima ist ein schlafender Tiger

Die aktuellen Prognosen zur Erwärmung der Erde sind dramatisch. Doch noch besteht die Chance, die Krise zu bewältigen

Im Jahr 2007 prognostizierte der Weltklimarat (IPCC), dass der Meeresspiegel zwischen 18 und 59 Zentimeter bis zum Jahr 2100 ansteigen würde. Er schränkte jedoch ein, dass die Dynamik des Abschmelzens großer Eismassen wie Grönland, große Gletscher oder die Westantarktis bei dieser Prognose nicht berücksichtigt werden konnte. Diese Prozesse seien nicht ausreichend verstanden. Inzwischen ist in Teilen Grönlands und der Westantarktis zu beobachten, dass das Schmelzwasser in senkrechten Löchern im Eis abstürzt und unter dem Eis entlang fließt. Auf dieser Rutsche schieben sich die Gletscher schneller Richtung Meer. Heute liegen genauere Prognosen vor. Tad Pfeffer, US-Klimawissenschaftler, prognostiziert einen Anstieg des Meeresspiegels um bis zu zwei Meter, Prof. Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung um bis zu 1,40 Meter und James Hansen, Chef der meteorologischen Abteilung der NASA, hält sogar mehrere Meter bis zum Jahr 2100 für möglich.

### Dramatische Konsequenzen

Jede dieser Prognosen wird dramatische Konsequenzen haben. Deutsche Küstenstädte beispielsweise sind für den derzeitigen Meeresspiegel und seine Sturmfluten geschützt, aber nicht gegen die bei steigendem Meeresspiegel erhöht auflaufenden Fluten. Die Prognosen werden dramatischer, nicht nur, weil das Verständnis der Abschmelzprozesse zunimmt und die Folgen sichtbar werden, sondern auch, weil die pessimistischsten CO<sub>2</sub>-Konzentrations-

szenarien des Weltklimarates jedes Jahr übertroffen werden. Die globale CO<sub>2</sub>-Konzentration stieg im Jahr 2007 um 2,2 ppm (parts per million), den höchsten seit Beginn der Industrialisierung gemessenen Konzentrationsanstieg, auf 386 ppm. Zu Beginn der Industrialisierung lag der Wert bei 280 ppm. Die Konsequenz sind steigende globale Durchschnittstemperaturen. Um 0,8°C ist die Erde schon wärmer geworden, ein Anstieg um 1,5°C ist aufgrund der bereits emittierten Treibhausgase unvermeidlich. Hält der derzeitige Emissionstrend an, steuern wir auf 5 bis 6°C Erwärmung bis 2100 zu. „Das Klima der Erde ist ein schlafender Tiger, weckt ihn nicht“ mahnt ein Klimaforscher. Überspringen wir die Schwelle von 2°C Temperaturanstieg gegenüber vorindustriellem Niveau, so steigt die Gefahr, dass Kipp-Elemente im Klimasystem irreversibel in einen neuen Zustand kippen. Forscher warnen vor der Versteppung des Amazonas, des sich selbst beschleunigenden Abschmelzens der großen Eismassen und des vollständigen Abschmelzens der Binnengletscher sowie der „Bistabilität“ des Indischen Monsuns: Mehrere Jahre mit heftigem Monsun könnten sich mit Perioden schwachen oder ausfallenden Monsuns abwechseln. Regenfeldbau, die traditionelle Landwirtschaft in Indien, würde so immer schwieriger, wenn nicht sogar unmöglich. Alte Kulturen in und am Himalaja, die ihre Existenz auf dem sommerlichen Schmelzwasser aufbauen, sind in ihrer Existenz bedroht. Es gilt also zu verhindern, dass der Klimawandel unbeherrschbare Ausmaße annimmt. Entwicklungs-

und Schwellenländer sind in der Regel am stärksten vom Klimawandel betroffen. Auf schwache Institutionen, störungsanfällige Infrastruktur und eine Bevölkerung, die zu etwa 70 Prozent von der Landwirtschaft abhängig ist, trifft ein verändertes Klima mit sich verschiebenden Trocken- und Regenzeiten, Starkregen und Dürreereignissen, Probleme der Wasserversorgung sowie zunehmenden tropischen Krankheiten. Die schon jetzt nicht mehr vermeidbaren Folgen müssen bewältigt werden.

### Globaler Klimaschutz kann nur gemeinsam gelingen

Nicht nur weil die Industrieländer 80 Prozent aller bisherigen Emissionen verursacht haben, sondern auch, weil sie das finanzielle Potenzial und technische Wissen haben, diese Krise zu meistern, müssen von hier technologische und finanzielle Transfers ausgehen. Gelingen kann globaler Klimaschutz und die globale Wende hin zu einer post-fossilen Wirtschaftsweise nur gemeinsam mit den Schwellen- und Entwicklungsländern, auch deswegen, weil von ihnen zukünftig die größten Emissionszuwächse und Emissionsmengen ausgehen. China hat die USA in den Gesamtemissionen schon überholt. Das Kyoto-Protokoll läuft im Jahr 2012 aus. Mit dem Kyoto-Protokoll wurden verbindliche Emissionsreduktionen und der Emissionshandel eingeführt sowie Mechanismen zum Technologietransfer in Schwellen- und Entwicklungsländer erprobt. Jetzt geht es darum, bis zur UN-Klimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen ein weitreichendes Klimaabkommen auszuhandeln, welches effektiven Emissionshandel und weitreichende verbindliche Reduktionsziele beinhaltet, aber noch weit darüber hinausgeht.

Hundert Prozent erneuerbare Energien bis zum Jahr 2050, dieses Ziel kann in Europa erreicht werden: beispielsweise mit massiven Anstrengungen im Bereich Energieeffizienz (dynamische Effizienzstandards, CO<sub>2</sub>-Grenzwerte etc.), Ausbau der erneuerbaren Energien, Aufbau eines grundlastfähigen Gleichstromhochspannungsnetzes (SuperGrid), um u.a. nordeuropäische Wind- und Wasserkraft sowie südeuropäischen und nordafrikanischen Solarstrom verlustarm zu den Verbrauchern zu bringen. Dazu die digitale Vernetzung von Großverbrauchern, um teure Lastspitzen zu vermeiden und kleine Stromproduzenten und Stromspeicher hocheffizient einsetzen zu können (SmartGrid). Der Gebäudebereich hat ein hohes Einsparpotenzial.

**Forderungen an die Politik**

Neben der Reduzierung des Pkw-Verkehrs gilt es, diesen hin zu zukunftsfähigen Mobilitätskonzepten mit Elektro-Pkw, die erneuerbaren Strom speichern und abgeben können, zu entwickeln.

Der Neubau von konventionellen Kohlekraftwerken muss sofort gestoppt werden, will die Bundesregierung ihre eigenen Klimaziele erreichen. Kohlenstoffabscheidung und sichere Lagerung, falls sie zukünftig sicher funktioniert, kann hier eine befristete Brückentechnologie sein. In China geht derzeit jede Woche ein Kohlekraftwerk ans Netz, gerade dafür sind wir in der Pflicht, Übergangslösungen anzubieten. Die deutsche Politik reagiert bisher nur punktuell und insgesamt eher hilflos auf die Herausforderungen. Es bleibt zu hoffen, dass es in Kürze ein wirkungsvolles EU-Energie- und Klimapakett gibt. Ansonsten droht mit der Wahl des Europaparlamentes im Juni 2009 der Fahrplan bis zur Konferenz in Kopenhagen zu platzen. Ohne eine mutige und aktive EU in Klimaschutzfragen sind viele andere Länder nicht zu eigenen Zusagen

bereit. Wir warten mit Spannung auf das Wiedererscheinen der US-Amerikaner auf dem internationalen Klimaverhandlungsparkett. Wird Präsident Obama an seinem Ziel, die US-Stromversorgung in zehn Jahren auf erneuerbare Energie umzustellen, festhalten und dies mit Elan in den UN-Prozess einbringen? Gibt es in der EU einen effektiven Emissionshandel, der seine Zertifikate nicht an den Stromsektor verschenkt, sondern diese zu hundert Prozent versteigert? Wird der Großteil der Emissionsreduktionen innerhalb der EU geleistet? Das Jahr 2009 wird ein spannendes Klimajahr und es wird wohl deutlicher werden als bisher, dass die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, die Nahrungsmittelkrise, die Energie- und Ressourcenkrise und die ökologische, insbesondere die Klimakrise einer gemeinsamen innovativen Lösungsstrategie bedürfen. Hierfür wird es auch den Umbau bestehender internationaler Institutionen und fairer Ausgleichsverfahren zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern bedürfen. Die internationale Stimmung steht auf „Change“.

■ Stefan Rostock, Referent Informations- und Bildungsarbeit für Klima und Entwicklung, Germanwatch e.V.

Sturm auf den pazifischen Inseln.



**Eine Versicherung für die ‚Nicht-Versicherbaren‘**

Germanwatch setzt sich zusammen mit dem internationalen Expertennetzwerk Munich Climate Insurance Initiative (MCII) für den Aufbau von Versicherungslösungen ein, die Betroffene des Klimawandels in Entwicklungsländern unterstützen sollen. Klimaversicherungen schützen z.B. vor Ernteaussfällen oder Schäden an Produktionsmitteln durch Wetterkatastrophen, Dürren oder Überschwemmungen. Öffentlich-private Modelle sollten so gestaltet werden, dass sie gerade für die besonders gefährdeten Menschen, die sich einen privaten Versicherungsschutz nicht leisten können, Schutz bieten. Im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen verfolgt die MCII die Einführung eines internationalen Versicherungsmechanismus, der durch Beiträge der Hauptverursacher des Klimawandels finanziert werden soll. Ziel ist die armutsorientierte Anpassung an den Klimawandel. Eine Versicherungsfazität kann die notwendigen Anpassungsmaßnahmen wirkungsvoll ergänzen, aber nicht ersetzen.

# Ein Schutzwall gegen den Wüstenwind



**Sand aus der Wüste bedroht die Oase „Derjine“ in Tunesien**

Als eine Folge des Klimawandels sind die Wüsten auf dem Vormarsch. Auch die Dattelpflanzern der Oase „Derjine“ in Tunesien bekommen dies zu spüren, denn die Sahara liegt direkt vor ihrer Haustür. Der Wüstensand, der täglich angeweht wird, bedroht die Oase. Auch treten vermehrt sehr trockene und heiße Wetterphasen auf, was sich negativ auf die Qualität der Datteln – ihrem einzigen Exportgut – auswirkt. Zurzeit verfügt die Oase über genügend Grundwasser für die Bewässerung. Doch der Grundwasserspiegel sinkt stetig. Verantwortlich dafür ist insbesondere der wachsende Tourismus im nahegelegenen Douz. Der Wasserverbrauch der riesigen Hotelanlagen ist enorm und der spärlich fallende Regen vermag die Wasserreserven nicht aufzufüllen: Der Jahresniederschlag in dieser Region rund um den Salzsee Chott el Djerid beträgt gerade mal zehn Zentimeter.

Zum Schutz vor dem Wüstensand werden Palmblätter zu einem kompakten Windschutz geflochten. Der heranwehende Sand wird aufgehalten und wächst im Laufe der Zeit zu einer Sanddüne heran. Dabei wird der ursprüngliche Windschutz unter dem Sand begraben und etwa alle eineinhalb Jahre erneuert.

Vor der Oase „Derjine“ stehen bereits zwei derartige Schutzwälle. In diesem Herbst hat die Generalversammlung der Bauern-Kooperative beschlossen, einen dritten Schutzwall zu errichten. Zur Finanzierung will die FLO-zertifizierte Kooperative die Fairtrade-Prämie einsetzen. Abnahmeverträge und existenzsichernde Preise bieten den Dattelpflanzern neue Sicherheiten. Ihre Datteln werden nach Europa exportiert und dort vertrieben.

■ Seraina Peña-Willi, gebana, besuchte die Oase im Oktober 2008.

## „Land unter“ in Nord...

Der Anstieg des Meeresspiegels bedroht die Halligen. Doch immer höhere Deiche können keine Lösung sein. Ein Erfahrungsbericht



Mit meiner Familie wohne ich auf einer der zehn nordfriesischen Halligen. Die Halligen sind eingebettet in den Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer, sie sind seit 2005 von der UNESCO als „Biosphäre Halligen“ anerkannt worden. Bezüglich des Küstenschutzes ist das Besondere an den Halligen, dass sie im Gegensatz zu den nordfriesischen Inseln keinen Deich besitzen, sondern nur von einer „Steinkante“ geschützt werden. Stürme mit hohen Wasserständen führen daher regelmäßig zu Überschwemmungen, die Halligbewohner nennen dies „Land unter“. Wir 22 Bewohner von Nordstrandischmoor sitzen dann mit unseren Tieren auf kleinen Hügeln, den so genannten Warften, fest.

Die Halligen liegen zwar im etwas geschützteren Wattenmeer, sie sind Wind und Wellenschlag dennoch direkt ausgesetzt. Wir sehen deshalb den Anstieg des Meeresspiegels als Bedrohung an.

Früher waren die Pegel bei „Land unter“ meist ein Meter über Normal, jetzt sind es 1,50 Meter. Das Wasser steigt dann bis zur Kante der Warft und ist nur noch wenige Meter von unserem Haus entfernt. Diese hohen Pegelstände kommen immer häufiger vor. Auch Stürme sind inzwischen häufiger und stärker. Die sonst üblichen Zwischenhochs und Frostphasen gibt es fast nicht mehr. Das Mischwetter ist in den vergangenen Jahren von sehr langen feuchten und sehr langen trockenen Perioden abgelöst worden. Bis jetzt ändert sich unser Alltag durch das veränderte Klima nur wenig. Aber wenn auch im Sommer häufiger „Land unter“ kommt und die Witterung insgesamt unberechenbarer wird, müssen immer zwei Leute auf der Hallig bleiben, um im Notfall die Tiere auf die Warft zu treiben.

Eine meiner Sorgen ist, ob meine Familie auf lange Sicht auf der Hallig leben kann. Mein ältester Sohn möchte den Hof einmal übernehmen. Doch wenn der Meeresspiegel weiter steigt und die Stürme an Stärke zunehmen, frage ich mich schon, ob die nächsten Generationen hier noch eine sichere Zukunft haben und dieser einzigartige Fleck Erde vor dem Untergang bewahrt werden kann.

Nordstrandischmoor wird durch eine Steinkante geschützt, die in den 30er Jahren gebaut wurde. Ohne dieses Bauwerk würde es die Hallig schon lange nicht mehr geben. Die Steinkante muss immer wieder erhöht werden, da die Hallig durch die „Land unter“ auch langsam aufwächst. Seit 1930 hat man sie in kleinen Abschnitten erhöht und damit dem Aufwuchs der Hallig angepasst. Heute wird die Steinkante gleich um ein Vielfaches erhöht. Meiner Meinung nach ist das der falsche Weg. Durch die hohe Steinkante baut man fast einen Deich. Wir brauchen grundsätzlich aber „Land unter“, damit die Hallig mit dem Meeresspiegel wachsen kann.

Es reicht meiner Meinung nach nicht aus, nach höheren Deichen zu rufen. Wir müssen das Leben und Wirtschaften der Menschen ändern. Denn der Klimawandel betrifft ja nicht nur uns. Wir haben eine gute Betreuung durch Fachbehörden, die uns helfen, unsere Hallig zu schützen. Aber was machen die Menschen auf der anderen Seite der Erde, denen dafür Geld und Beistand fehlen? Ich finde, wir sollten anfangen unser Verhalten zu ändern und wo wir können Energie sparen, um unseren Beitrag zur Verankerung des Klimawandels zu leisten.

■ Ruth Hartwig-Kruse lebt seit ihrer Geburt auf der Hallig Nordstrandischmoor.

## ...und Süd

Der Anstieg des Meeres trifft Bangladesch wie kaum ein anderes Land. Geld für Schutzmaßnahmen besitzt der Staat nicht. Ein Erfahrungsbericht



Mohammad Abdul Jalil lebt mit seiner Familie in einer einfachen Hütte, wenige Meter vom Steilufer des Brahmaputras entfernt. Wie viele arme Bauern im Norden von Bangladesch leidet der 58-Jährige unter dem Klimawandel. Der Anstieg des Meeres trifft sein Land wie kaum ein anderes. Küstennahe Gebiete werden überschwemmt und stetig abgetragen. Über die Flussarme des Deltas dringt Salzwasser weit ins Landesinnere vor und vernichtet fruchtbares Ackerland „Die Abstände zwischen den Fluten haben sich immer weiter verkürzt“, sagt Jalil. „Mittlerweile erleben wir alle zwei, drei Jahre eine schwere Flut. Die Flut während des Monsuns wird immer stärker und die Temperaturen spielen verrückt.“ Jalil berichtet von der Arbeit auf dem Feld und erzählt, dass es im vergangenen Jahr bereits im April so heiß war, dass Feldarbeiter vor Anstrengung zusammengebrochen sind. „Früher haben wir zwei Reisernten im Jahr eingebracht, heute schaffen wir nur noch eine.“

Jalil ist wie viele andere Bauern ein Opfer der Flusserosion geworden. Noch 2004 lebte er auf einer Schwemmlandinsel 2,5 Kilometer weiter östlich. Doch dort fließt heute das Wasser des Brahmaputras. „Die Flut hat mir alles genommen. Ich besaß zwei Hektar. Nun liegt das Land im Fluss. Als das Wasser zurückging, kam ich mit meiner Frau, unseren Kindern und weiteren 300 Familien hierher. Die Regierung hat uns diesen Ort zugewiesen. Eigenes Land, um Getreide anzupflanzen, besitzen wir nicht mehr.“ Vor vier Jahren war der Fluss noch über 500 Meter entfernt. Jetzt steht das Haus wieder keine fünf Meter vom Steilufer entfernt. „Ich glaube nicht, dass wir nach der Regenzeit in diesem Jahr noch an diesem Ort wohnen können“, sagt Jalil und schaut dabei traurig seine Frau an. Wie lange er

und die anderen Familien am Brahmaputra noch durchhalten, ist ungewiss. Vielleicht werden schon bald Familienmitglieder auf Arbeitssuche in die bereits 14 Millionen Einwohner zählende Megastadt Dhaka gehen.

■ Patrizia Heidegger, Netz

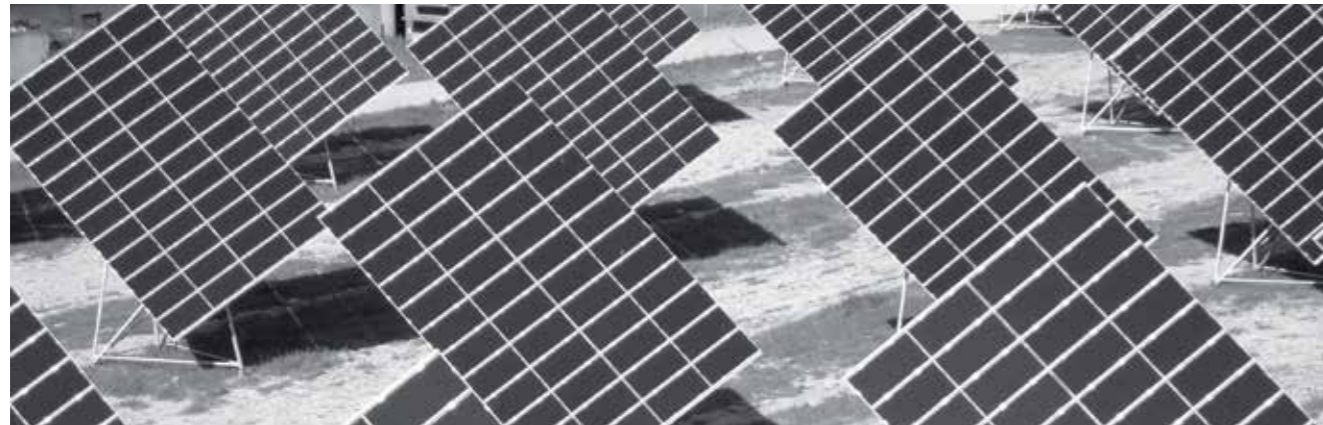


„Haltet euch an eure Zusagen!“

Klimaforscher und Preisträger des Champion of the Earth Awards 2008, Atiq Rahmann, über den Klimawandel in Bangladesch: „Aufgrund der geographischen Lage ist Bangladesch einer der am meisten gefährdeten Staaten der Welt. Der Bau von Deichen, die sowieso nur einen Teil der Küstenregion schützen könnten, würde immense Summen verschlingen. Hierfür fehlen uns die Mittel. Unsere Anpassungsfähigkeit und innovativen Ideen, wie neue Getreidesorten oder Floßdörfer, können die Probleme nur kurzfristig mindern. Ich vermisse den ernsthaften Willen der Staatschefs der großen Industrienationen etwas zu ändern. Auch Deutschland muss mehr machen. Haltet euch endlich an eure Zusagen! Deutschland sollte sich darauf vorbereiten, in den kommenden Jahrzehnten Millionen von Klimaflüchtlingen aus den Entwicklungsländern aufnehmen zu müssen. Allein in Bangladesch wird es bis zum Jahr 2050 rund 25 Millionen Klimaflüchtlinge geben.“



# Wir sind klimafreundlich



Solaranlage bei Bad Rappenau

## Vorbildliche Aktionen und Projekte in Baden-Württemberg

### Schwerter zu Solarscharen

Wo einst Pershing-Raketen und Atomsprengköpfe für die „Waldheide“ lagerten, liefert heute ein Solarkraftwerk umweltfreundliche Energie. Mit der Errichtung der Solaranlage am Standort Siegelsbach bei Bad Rappenau wird das Gelände zum ersten Mal zivil genutzt. Seit April 2008 speisen 120 einachsigen nachgeführten Solarkraftwerke mit einer Leistung von 417 Kilowattpeak jedes Jahr rund 517.000 Kilowattstunden Strom ins öffentliche Netz ein. Das ist so viel wie 150 Haushalte im Jahr an Strom verbrauchen. Die Anlage wird während ihrer 20-jährigen Laufzeit 3.000 Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen. Die ecovision GmbH legt regelmäßig neue Solarfonds auf und bietet Beteiligungsmöglichkeiten ab 1.500 Euro. [www.ecovision-gmbh.de](http://www.ecovision-gmbh.de)

### Solarschiffe auf dem Bodensee

Umweltfreundlich fährt ein kleines Solarschiff Fahrgäste und Fahrräder von Mannenbach zur Insel Reichenau und zurück. Das größere Charterschiff Helio wird dagegen gerne für Feiern wie Hochzeiten und Geburtstage gebucht. Als schwimmendes Klassenzimmer fungiert die Helio, wenn Experten über Geschichte und Ökologie des Bodensees berichten. Angetrieben werden die beiden Solar-Schiffe von Elektromotoren, die aus Akkus gespeist werden. Diese wiederum erhalten ihre Energie von Solaranlagen, die auf den Dächern der Schiffe angebracht sind. Rund 70 Prozent der benötigten Energie erzeugen die Schiffe im Jahr selbst. [www.solarfaehre.de](http://www.solarfaehre.de)

### Urlaub im Bergwald

Das Bergwaldprojekt bietet klimafreundlichen Urlaub mitten in der Natur in Hütten oder Ferienhäusern im Gebirge oder auf der Insel Amrum. Auch in Baden-Württemberg werden mehrere Unterkünfte angeboten. Die Übernachtungen sind kostenfrei, auch für die Verpflegung werden keine Unkosten erhoben. Dafür krepeln die Gäste während ihres Aufenthalts die Ärmel hoch und pflanzen Bäume, bauen Schutzzäune oder helfen bei Moorrenaturierungen. Selbstverständlich soll die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln erfolgen. [www.bergwaldprojekt.de](http://www.bergwaldprojekt.de)

### Freiburger Klima-Diät

Freiburg gilt als Öko-Hauptstadt Deutschlands. Bekannte Beispiele umweltfreundlichen Engagements sind das rotierende Heliotrop Solarhaus, das Badenova-Stadion und die Plusenergiehaus-Siedlung. Nun versucht Freiburg den Klimaschutz weiter voranzubringen: Bis 2030 will die Stadt die klimaschädlichen Emissionen um 40 Prozent senken. Einer der Bausteine ist die „Freiburger CO<sub>2</sub>-Diät“, bei der sich Interessierte auf einer interaktiven Website eine Klima-Diät vorschlagen lassen können. [www.freiburg.de](http://www.freiburg.de)

### Badische Stromrebellin

Ursula Sladek hatte im Jahr 1997 gemeinsam mit ihrem Mann die Einwohner des badischen Städtchens Schönau dazu mobilisiert, für 5,8 Millionen D-Mark das örtliche Stromnetz zu kaufen. Inzwischen gehören die einstigen Stromrebellin zu den größten bundesweiten Öko-Stromanbietern. [www.ews-schoenau.de](http://www.ews-schoenau.de)

### Tübingen macht blau

Mit diesem Motto versucht die städtische Klimaschutzkampagne, die



Urlaub im Bergwald

Bevölkerung für den Klimaschutz zu sensibilisieren. Bis zum Jahr 2010 sollen zehn Prozent CO<sub>2</sub> eingespart werden. Ein Faltblatt mit vielen Anregungen und Ideen, wie dieses Ziel verwirklicht werden kann, wurde an die Bevölkerung verteilt. Auf der Homepage finden sich zahlreiche Tipps und Aktionen. [www.tuebingen.de](http://www.tuebingen.de)

### Weltweit Sonnenenergie nutzen

Der Verein Stuttgart Solar e.V. möchte die weltweite Energieversorgung mit einem Mix aus erneuerbaren Energien bis 2048 realisieren. Die über 200 Mitglieder des Vereins engagieren sich weltweit. Sowohl im In- als auch im Ausland wirkt der Verein beim Aufbau solarer Anlagen mit. [www.stuttgart-solar.de](http://www.stuttgart-solar.de)

### Nachhaltiges Verkehrskonzept

Für sein Verkehrskonzept erhielt Esslingen am Neckar den vom Klimabündnis vergebenen Climat Star 2007. Gewürdigt wurde das Bemühen Esslingens, umweltfreundlichen Verkehrsarten Priorität einzuräumen. So entstand in Esslingen die erste Fußwegkarte in einer deutschen Kommune, das Radwegenetz wird weiterentwickelt, Busse fahren auf Busspuren und Schulen erhalten

700 Euro im Jahr für die Übernahme einer Patenschaft für „ihre“ Haltestelle. In der Innenstadt verkehren abgas- und lärmarme Oberleitungsbusse und zusätzlich Duobusse mit Dieselmotor und Elektroantrieb, die auch außerhalb der Oberleitungstrecken fahren können. Nachtschwärmer sind mit dem subventionierten Nachttaxi unterwegs. [www.esslingen.de](http://www.esslingen.de)



Die einstigen badischen Stromrebellin



Ehrenamtliche des Dettinger Weltladens

### Dettinger Wald in Ghana

Der Weltladen Dettingen hat die Patenschaft für einen „Dettinger Wald“ in Ghana übernommen. In Zusammenarbeit mit dem Verein Schulwälder für Westafrika e.V. in Göttingen hat der Weltladen Baumpatenschaften vermittelt, um eine Wiederaufforstung in Ghana zu ermöglichen. Die Bäume werden unter fachkundiger Anleitung von Schulkindern in Ghana gepflanzt und betreut. Der Wald schützt Gebäude gegen Unwetter und verhindert Bodenerosion. Inzwischen ist die Fläche, die der Schule zur Verfügung steht, weitgehend bepflanzt. Nun wird der Einsatz von Solarkochern gefördert, um den Brennholzbedarf zu reduzieren. Vor kurzem konnte der Weltladen über hundert Solarlampen in die Schule senden. [www.weltladen-dettingen.de](http://www.weltladen-dettingen.de)



Berthold Frieß

### Klima-Lendenschürze

Als „vorbildlich“ bezeichnete Umweltministerin Tanja Gönner das Projekt „ProKlima“. Es hat zum Ziel, in der Ferienregion „Nördlicher Bodensee“ ab der kommenden Saison klimaneutrale Ferien anzubieten. Sämtliche durch den Urlaub verursachten Kohlendioxid-Emissionen sollen durch Zahlungen an großflächig angelegte

Aufforstungsprojekte in Südamerika und Afrika ausgeglichen werden. Die Kosten übernehmen die Gemeinden der Ferienregion sowie der Energieversorger EnBW. Kooperationspartner ist die „Global Woods AG“. Berthold Frieß, Landesgeschäftsführer des BUND, sagt dazu: „Diese Aktion bringt mehr für das Marketing als für das Klima“. Der Urlauber bekomme ein „kleines Klima-Lendenschürzchen“ umgehängt, das Konzept setze nur auf den Aspekt Ausgleich statt auf eine Vermeidung der CO<sub>2</sub>-Produktion. Frieß fordert statt dessen ein klimaschonendes Tourismuskonzept. Die Beteiligung der EnBW an dem Projekt nannte Frieß einen „Ablasshandel für andere Klimaschandtaten“. Der Konzern plane derzeit zwei neue Kohlekraftwerke, die „ein Zigtausendfaches an CO<sub>2</sub> ausstoßen werden als ein paar Urlaubsgäste im Bodenseeraum“ je produzieren können.

## Den Regenwald schützen

Der Stuttgarter Verein „Poema“ hat das Ziel, den Regenwald in Amazonien zu schützen. Für sein Engagement erhielt der Verein kürzlich den Stuttgarter Friedenspreis

„Poema“ hat sich zum Ziel gesetzt, die Armut vor allem der ländlichen Bevölkerung in Amazonien zu bekämpfen und damit einen Beitrag zum Schutz des Regenwaldes zu leisten. Es geht darum, zusammen mit den im Wald lebenden Menschen Projekte zu entwickeln, die sie in die Lage versetzen, vom Wald zu leben, ohne ihn zu zerstören. Verbessern sich ihre Lebensbedingungen in absehbarer Zeit nicht, besteht die Gefahr, dass sie den Wald verlassen und in die Städte ziehen. Noch mehr Holzraubbau wäre eine der Folgen.

**Tropische Wälder speichern riesige Mengen an Kohlendioxid.** Fast die Hälfte des gesamten terrestrisch gebundenen Kohlenstoffes ist im Wald zu finden, davon 37 Prozent im Tropenwald. Rund 20 Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen entstehen durch die Vernichtung der Regenwälder. In Brasilien stehen diese CO<sub>2</sub>-Emissionen an erster Stelle! Holzhändler, Rinderzüchter und Soja-Unternehmer holzen riesige Flächen ab. Ihnen geht es nur um das große Geld. In weit geringerem Maße sind es „Landlose“ und Kleinbauern, oft von anderen Regionen Brasiliens angesiedelt, die Wald abbrennen und Platz schaffen für den Anbau ihrer Lebensmittel wie Reis, Mais oder Manjok. Aber auch diese Brandrodungen machen einen Teil der Zerstörung aus. Deshalb arbeitet Poema in erster Linie mit den Menschen in den Dörfern zusammen. Eine Maßnahme gegen die Zerstörung der Regenwälder ist die Ausweisung von Schutzgebieten wie Reservas Extrativistas. Das sind Gebiete, in denen Holz nur zum eigenen

Bedarf geschlagen werden darf. In diesen Regionen gibt es keine Sägewerke, sofern die Überwachung einigermaßen funktioniert. Außerdem gibt es PDS-Gebiete, das sind Gebiete zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung. Hier ist genau vorgeschrieben, wieviel Holz vermarktet werden darf. In der Regel müssen 80 Prozent des Primärwaldes stehenbleiben. Auf den verbleibenden 20 Prozent darf Wald- und Landwirtschaft betrieben werden. Darüber hinaus gibt es Naturschutzgebiete und Reservate indigener Völker.

**Diese Reservate sind Ursache vieler Konflikte.** Die Indigenen möchten das Land bewahren und den Wald schützen. Das passt denen nicht, die nur Profit aus dem Wald und den Bodenschätzen schlagen wollen. Klar ist, dass in Amazonien das Überwachungssystem nicht funktioniert und die Umweltbehörden mit viel zu wenig Geld und Personal ausgestattet sind. Dazu kommt oftmals eine korrupte Justiz und Polizei sowie der Glaube, mit beschleunigtem Wachstum und steigendem Export landwirtschaftlicher Produkte die sozialen Probleme lösen zu können. Poema ist dennoch vor Ort in verschiedenen Regionen, vor allem in Schutzgebieten, tätig, um zusammen mit den Menschen die Lebenssituation zu verbessern. Nur wenn die Menschen im Wald eine Lebenschance sehen, bleiben sie dort und die Jugendlichen müssen ihr Heil nicht in den großen Städten suchen. Wichtig ist dabei vor allem der Zugang zu sauberem Trinkwasser. Viele Flüsse sind verschmutzt und ihr



Wasser nicht mehr als Trinkwasser geeignet. Deshalb finanziert Poema die Materialien für den Bau von Brunnen und der Wasserverteilung in die Hütten. Die Dorfbewohner machen unter fachlicher Anleitung die notwendigen Handarbeiten und die Umweltbehörde hilft bei den Projekten mit logistischer Unterstützung. Die neuen Anlagen werden mit Solarpumpen betrieben. Kein Öl muss mehr verbrannt werden. Auch von „ein bisschen Licht“ in den Hütten träumen viele Menschen. Auch hier sind Solarlampen ein großer Fortschritt, weil auf Öl oder Petroleum verzichtet werden kann. „Licht für Anapu“ heißt das aktuelle Projekt. 400 einzeln im Wald stehende Häuser sollen mit je einer Solarlampe ausgestattet werden. Zum Dritten unterstützt Poema Waiapi-Indigenas durch den Bau von Gesundheitsstationen sowie die Finanzierung von Gesundheitskursen. Es sind hauptsächlich die Indianer Amazoniens, die von den staatlichen Behörden sträflich im Stich gelassen werden. Aber gerade sie schützen den Wald, weil sie wissen, dass sie ohne einen intakten Wald keine Überlebenschance haben.

**Poema möchte auf Seite derer stehen, die den Wald schützen.** Diese Menschen brauchen Unterstützung. Sie werden oftmals bedroht und Hunderte von Gewerkschaftern, Kirchenleuten, Umweltschützern und Vertreter indigener Völker wurden in den letzten Jahren ermordet. Armutsbekämpfung, Klimapolitik und Menschenrechte gehören zusammen.

■ Gerd Rathgeb, Poema, Stuttgart

## Sind wir noch zu retten?

Angesichts des Klimawandels bemühen sich viele Menschen um einen nachhaltigen Lebensstil. Doch genügt dies? Eine Konferenz gab Antworten

„Sind wir noch zu retten?“, lautete die provozierende Frage, mit der sich die 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz von BUND und Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, DEAB, zur Zukunftsfähigkeit unseres Lebensstils im November in der Jugendherberge Stuttgart beschäftigten.

**„Ein Kurswechsel ist nötig!“**, betonte Christa Hess, Vorstand des Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg. Die Notwendigkeit umweltfreundlichen Handelns werde zwar von der Politik beschworen, Wirtschaftsinteressen gingen jedoch meist vor. „Zukunftsfähigkeit ist eine Frage weltweiter Gerechtigkeit. Menschen in armen Ländern leiden bereits jetzt erheblich an den Folgen unseres Lebensstils“, so Hess. Eine Debatte über die Zukunftsfähigkeit Deutschlands sei deshalb dringend erforderlich. Deutlich machte die gut besuchte Tagung, die in Kooperation mit der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg sowie der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg stattfand, dass es Referenten und

Teilnehmern weder an Engagement noch Ideen mangelt, um einen nachhaltigen Lebensstil in unserer Gesellschaft zu verankern. Die Frage, ob ein überlegter individueller Lebensstil die drängenden Probleme überhaupt lösen kann oder ob vielmehr die Politik durch gesetzgeberische Maßnahmen nachhaltiges Verhalten vorschreiben muss, zog sich als roter Faden durch die Konferenz.

**„Nachhaltig leben und konsumieren hat dann eine große Chance**, wenn Wirtschaft und Verbraucher sich gemeinsam dafür einsetzen“. Prof. Dr. Edda Müller, Ministerin a.D. und ehemaliger Vorstand des Bundesverbands der Verbraucherzentrale, machte das Spannungsfeld zwischen individuellem Einkaufsverhalten und gesetzgeberischen Maßnahmen deutlich. Die Konsumentinnen und Konsumenten könnten in manchen Fällen durch ihre Kaufentscheidung mehr bewirken als die Politik. So hätten Discounter aufgrund des Drucks der Verbraucher niedrigere Schadstoffwerte bei ihren Gemüse- und Obstproduzenten durchgesetzt als auf gesetzgeberischem Wege je möglich gewesen wären. Andererseits gäbe es Hemmnisse, die einem nachhaltigen Lebensstil im Wege stünden. Dazu gehörten soziale Komponenten wie Bildungsferne, unzureichende Informationen sowie fehlender Handlungsspielraum. „Es braucht mehr ordnungspolitische Vorgaben“, sagte Müller. „Im Mittelpunkt stehen politische Schritte wie z.B. die Gleichstellung der Verbraucherrechte zu Freihandelsrechten im Rahmen der World Trade Organisation WTO.“ Müller forderte die Politiker auf, sich mutiger für nachhaltige Entwicklungen einzusetzen. Daneben sprach sie sich unter anderem aus für klare gesetzliche Regelungen, neutrale Kontrollinstanzen sowie neue Weichenstellungen insbesondere in der Familien- und Bildungspolitik.

**Die Bedeutung der Politik als Rahmengerber für nachhaltiges Handeln** schätzen auch die Herausgeber und Verfasser der Studie Zukunftsfähiges Deutschland als hoch ein. „Die wichtigsten Entscheidungen müssen von oben nach unten getroffen werden“, sagte Dr. Manfred Linz, Wuppertal Institut. „Wir können nicht darauf bauen, dass es genug Menschen gibt, die verantwortlich handeln.“ Auch die BUND-Landesvorsitzende Dr. Brigitte Dahlbender kritisierte, dass die Politik zu viel auf den Einzelnen abschiebe. „Der individuelle Konsum kann und wird die

drängenden Zukunftsprobleme nicht lösen. Die Politik muss zügig Gesetze erlassen, die sich an ökologischen und sozialen Zielen ausrichten,“ so Dahlbender. Sie prangerte die Schizophrenie der Politik an, die sich einerseits für ökologische Ziele stark mache, bei konkreten Vorgaben zugunsten von Wirtschaftsinteressen entscheide. Die Leiterin der Abteilung Politik und Kampagnen von Brot für die Welt, Danuta Sacher, ergänzte: „Es kann nur Zukunft für unser Land geben als Teil der Weltgemeinschaft. Zukunftsfähige Politik muss die globale Dimension im Blick haben und diese gestalten. Sie misst sich daran, dass auch die Ärmsten mit im Boot sind“. Die Klimakrise sei ein Ergebnis verfehlter Wirtschaftspolitik. In sechs Workshops diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über Wege und Chancen zur Veränderung unseres Lebensstils. Sie formulierten Forderungen, mit denen die Politik eine Wende hin zu einem nachhaltigen Lebensstil einläuten könnte.

■ Susanne Popp-Schnell

Dokumentation der Konferenz unter [www.deab.de](http://www.deab.de)

# Der moralische Bankrott

## Die Finanzmarktkrise als Prüfstein der Nord-Süd-Solidarität

Der drohende Zusammenbruch des Bankenwesens erzeugte erstaunliche Reaktionen. Innerhalb einer Woche konnten europäische Regierungen rund 1.600 Milliarden Euro aufbieten, um Banken dazu zu bewegen, sich weiterhin gegenseitig Kredit einzuräumen und damit den Zahlungsverkehr am Laufen zu halten. Und dies ohne eine einzige konkrete Maßnahme zur Beseitigung der Ursachen der Krise damit zu verbinden. Über acht Jahre ist es her, seitdem die UN-Millenniumsziele zur Verringerung der schlimmsten Armut vereinbart wurden – um Hunger, Wassermangel, Seuchen zu überwinden und Zukunftschancen für junge Menschen zu schaffen. Acht Jahre, in denen der Wille gefehlt hat, die dafür notwendigen rund 320 Milliarden Euro aufzubringen. Die Versprechungen zur Armutsbekämpfung auf dem G8-Gipfel in Glen Eagles vor drei Jahren blieben medienwirksame Rhetorik – das Leben von Millionen Menschen im Süden zu retten, ist dem reichen Norden zu teuer. Jean Ziegler brachte es auf den Punkt: „Wenn ich jetzt ein Mensch wäre in einem Land der südlichen Hemisphäre ..., würde ich mich total verachtet fühlen!“

### Plötzlich sprechen die Menschen von einer „Krise“

Plötzlich wachen viele Menschen auf und sprechen von „Krise“. Für Milliarden von Menschen dagegen ist die existentielle Krise seit Jahrzehnten Alltag – vor allem auf der Südhalbkugel, aber auch zunehmend bei uns. Denn der Finanzmarkt-Kapitalismus produziert nicht erst dann Probleme, wenn er zusammenbricht, sondern auch wenn er scheinbar funktioniert. Die Spekulationsblase zieht schon während ihres Aufbaus Geld aus der Realwirtschaft heraus, das dort für Entwicklung, öffentliche Daseinsvorsorge, Investitionen, Löhne und Sozialleistungen fehlt. Ständig wachsende Forderungen an den Finanzmärkten müssen bedient und neue Anlagemöglichkeiten gefunden werden. Zinszahlungen verschuldeter Staaten, steigende Unternehmensgewinne dank Lohnsenkungen und Steuererleichterungen, Exportüberschüsse etc. bilden den Grundstock fürs globale Casino. Die Kehrseite von 25 Prozent Kapitalrendite sind Sonderwirtschaftszonen, in denen keine existenzsichernden Löhne bezahlt werden. Schon vor dem explosiven Wachstum der internationalen Finanzmärkte waren die Länder des Südens in die

Schuldenfalle getrieben worden, oftmals unter Komplizenschaft unserer Regierungen mit brutalen Unrechtsregimen. Mit der einseitigen Kündigung des Bretton-Woods-Systems durch die USA Anfang der siebziger Jahre wurden Währungen zum Spekulationsobjekt, Auslandsschulden zum Risiko. Die US-Reservebank erhöhte die Zinsen drastisch, um den Dollar zu stabilisieren. Anfang der achtziger Jahre war der Schuldendienst für viele Entwicklungsländer nicht mehr leistbar. Sie mussten den Internationalen Währungsfonds (IWF) anrufen. Dieser koppelte seine Hilfsleistungen an Bedingungen, so genannte „Strukturanpassungsprogramme“: einseitige Ausrichtung der hilfeschreitenden Länder auf Exportwirtschaft, um Deviseneinnahmen für den Schuldendienst zu erzeugen, Abbau der Staatsausgaben, Privatisierung, Marktöffnung, ungehinderter Kapitalverkehr, Öffnung für Auslandsinvestitionen – die betroffenen Länder wurden der Kapitalverwertung durch internationale Akteure zugespielt.

### Die Möglichkeiten sind ausgeschöpft

Die Aufhebung von Kapitalverkehrskontrollen und die Freigabe von „innovativen“ spekulativen Finanzinstrumenten wirkten sich fatal aus, als in den 90er Jahren Investoren Währungen „testeten“ (auf Abwertung spekulierten) und Kapital schlagartig aus Märkten abzogen – so verloren in der Asienkrise Millionen Menschen über Nacht ihr Einkommen, der Aufstieg der asiatischen Schwellenländer war fürs Erste vorbei. Schätzungen gehen davon aus, dass den Entwicklungsländern durch die Finanzmarktkrisen der letzten 25 Jahre rund ein Drittel ihres Inlandproduktes verloren ging. Bisher konnte das Spekulationskapital in einer Krise immer auf andere Märkte ausweichen. Doch jetzt sind die Möglichkeiten ausgeschöpft, die Krise ist global. Und es trifft die Ärmsten am härtesten. Deutlich wurde dies bereits am Jahresanfang 2008, als die Nahrungsmittelpreise sprunghaft anstiegen und sich dadurch die Situation der Armen und Hungernden verschlimmerte. Die Gründe für diesen Preisanstieg sind vielfältig, aber Spekulation spielte dabei eine wesentliche Rolle. Anleger hatten seit dem letzten Jahr begonnen, ihr Kapital aus dem Immobiliensektor abzuziehen und auf Rohstoff- und Agrarpreise zu wetten. Offen ist noch, wie sich die hohe finanzielle Belastung durch Stabilisierungsmaßnahmen und Rettungspakete auf die Entwicklungshilfebudgets der Industriestaaten auswirken wird. Freiwillige Zusatzzahlungen in die Nothilfebudgets der UN wurden bereits gestrichen. Die



Nahrung wurde teuer.

Kapitalversorgung der Entwicklungsländer wird sich aufgrund der Kreditkrise verschlechtern, für Investitionsmaßnahmen benötigte Mittel werden knapper und teurer. Die Bankenrettungspakete der reichen Staaten könnten dabei einen zusätzlichen Effekt auf die Finanzsituation im Süden haben: In Zeiten großer Unsicherheiten an den Finanzmärkten suchen Investoren sichere Häfen auf, Kapital wird vorrangig in den Ländern investiert, die sich staatliche Garantien für ihren Bankensektor leisten können.

Einseitige Exportabhängigkeit in Verbindung mit hoher Auslandsverschuldung macht viele Entwicklungs- und Schwellenländer besonders verwundbar für die Auswirkungen der Finanzmarktkrise und die drohende Rezession. Die weltweite Nachfrage sowohl nach Rohstoffen als auch nach verarbeiteten Produkten sinkt, die Rohstoffpreise sind bereits gefallen, der Handel geht zurück. Dadurch gehen die Deviseneinnahmen zurück und die Zahlungsfähigkeit ist bedroht. Die Regierungen müssen Kredite aufnehmen, um die Auslandsschulden zu bedienen und ihre Währungen zu stabilisieren. Aber am privaten Geldmarkt ist aufgrund der „Kreditklemme“ nichts zu holen, als letzter Ausweg muss wieder der IWF angerufen werden, wie bereits im Falle Pakistans und der Ukraine geschehen.

### Die Souveränität der Entwicklungsländer leidet

Diese Entwicklung ist fatal, denn gerade erst war es gelungen, den IWF weitgehend überflüssig zu machen – das IWF-Kreditvolumen war in den letzten vier Jahren von über 100 auf 10 Milliarden Dollar gesunken. Schwellenländer wie China oder Venezuela, die hohe Exportüberschüsse erwirtschafteten, konnten als Kreditgeber eine Alternative zu den üblichen institutionellen und privaten Gebern des Nordens bieten. Da auch diesen Ländern die Einnahmen wegbrechen, geht dieses Stück Unabhängigkeit des Südens wieder verloren.

Unter dem Strich droht die Finanzmarktkrise, die ohnehin geringe wirtschaftliche und politische Souveränität

vieler Entwicklungs- und Schwellenländer weiter zu unterminieren und positive Entwicklungen der letzten Jahre zunichte zu machen.

Zum globalen Krisengipfel in Washington waren die Regierungen der G 20 und damit auch die großen Schwellenländer eingeladen. Das ist zwar ein Fortschritt gegenüber dem exklusiven Club der G8, aber eine demokratische und alle Beteiligten einschließende Lösung kann so nicht entstehen. Nur ein afrikanisches Land (Südafrika) gehört dazu, kein einziges der ärmeren Entwicklungsländer ist dabei. Das Ergebnis machte vor allem eins deutlich: Den Regierungen des Nordens geht es nach wie vor primär darum, die Finanzmärkte zu stabilisieren, eine echte Veränderung wird nicht angestrebt. Deutlich wird dies vor allem an dem Bekenntnis zum Abschluss der Doha-Verhandlungsrunde in der WTO, mit der weitere Liberalisierungen des Welthandels durchgesetzt werden sollen. Dabei sind im Rahmen der WTO-Verträge Kontrollen und Einschränkungen der Finanzmärkte verboten, weitere Liberalisierungen der Finanzdienstleistungen werden in den laufenden Verhandlungen gefordert.

### Auswege aus der Krise

Internationale zivilgesellschaftliche Gruppen haben in einer von über 886 Organisationen unterzeichneten Erklärung und weltweiten Aktionen vehement gegen den G20-Gipfel protestiert. Sie fordern einen demokratischen Prozess zur Krisenbewältigung im Rahmen der UN, unter Beteiligung aller Länder und der globalen Zivilgesellschaft. Einige Hoffnungen richten sich auch auf eine vom UN-Generalsekretär eingerichtete Arbeitsgruppe unter Leitung des Nobelpreisträgers und IWF-Kritikers Joseph Stiglitz.

In Lateinamerika und Südostasien sind in den letzten Jahren eigenständige Projekte für Entwicklungsfinanzierung und Krisenmanagement entstanden (Banco do Sul, Asiatischer Stabilitätsfonds), mit denen sich die beteiligten Länder unabhängig von den nördlichen Industriestaaten, IWF und Weltbank machen wollen. Umfassende Forderungen und Vorschläge wurden im Oktober 2008 beim Asian-Europe Peoples Summit – dem Gegengipfel zum EU-Asien Gipfel – in Beijing aufgestellt, darunter ein neues Finanzwesen, das nach ökologischen und sozialen Kriterien unter demokratischer Aufsicht arbeitet, Schließung von Steueroasen und ein internationales Steuersystem, Investitionen in einen ökologischen Umbau, ein Verbot von Spekulation mit Nahrungsmitteln und Streichung der Schulden der Entwicklungsländer.

Die entscheidende Frage bleibt, wie das offensichtliche und nicht mehr zu leugnende Systemversagen genutzt werden kann, um ein Weltwirtschaftssystem zu schaffen, das den Menschen dient und die Umwelt schützt. Sicher ist nur eins: die Antwort wird nicht von denjenigen kommen, die das alte System betrieben haben.

■ Johannes Lauterbach, Attac Stuttgart und Colibri

## Länder sollen Bildung fördern

Die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit ist eine wichtige Aufgabe der Länder. Dies haben die Ministerpräsidenten der Länder kürzlich bekräftigt. Der DEAB lud ein, um die Umsetzung dieses Beschlusses voranzutreiben

„Zukunftsfähigkeit sichern – Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen“. Dies ist nicht etwa eine Forderung des Dachverbands Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, DEAB, es ist die Überschrift über einen neuen Beschluss der Ministerpräsidenten der Bundesländer zur Frage der Entwicklungspolitik, der am 22. Oktober 2008 beschlossen wurde. Er war mit Spannung erwartet worden, da das Engagement der Länder in diesem Bereich seit Jahren nur noch zurückgeht. Um so mehr freut sich der DEAB, dass das Thema wieder einmal auf der Tagesordnung der Länder auftaucht. Ganz besonders interessiert uns der – leider letzte – Punkt unter den Kernkompetenzen und Handlungsfeldern für die Länder, die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit: „Es bleibt die wichtige Aufgabe der Länder, die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit und das damit verbundene bürgerschaftliche Engagement zu fördern. Gleichwohl begrüßen die Länder das Engagement des Bundes in diesem Bereich. Einer gemeinsam getragenen und breit angelegten entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit im schulischen und außerschulischen Sektor kommt eine große Bedeutung zu. Dies sollte mit den Anstrengungen der Länder zur Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und mit dem neuen Orientierungsrahmen für den Lernbereich globale Entwicklung verbunden werden.“ Dieses Bekenntnis möchten wir gerne ernst nehmen. Leider steht es noch im Widerspruch zur aktuellen



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung

Haushaltspolitik. Für entwicklungspolitische Bildungsarbeit gibt es seit Jahren keine Mittel mehr von der Landesregierung. Und die Förderung von STUBE, dem Programm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika, soll möglicherweise ab 2010 beendet werden.

**Die beiden Landesnetzwerke Eine Welt Netzwerk Bayern und DEAB** luden im November 2008 Vertreterinnen und Vertreter aus Ministerien und Landesparlamenten, Kommunen, halbstaatlichen Institutionen, Kirchen und kirchlichen Werken, kommunalen Netzwerken und Nichtregierungsorganisationen nach Bad Boll ein, um den Dialog zwischen den verschiedenen entwicklungspolitischen Akteuren, v.a. auch zwischen staatlichen und nichtstaatlichen, zu intensivieren und Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten. 37 Akteure folgten der Einladung und fanden am Ende, dass es sich gelohnt hat, trotz vollem Arbeitsprogramm, sich diese Zeit des Austausches zu nehmen. Claudia Duppel begrüßte als Geschäftsführerin des gastgebenden Landesnetzwerks DEAB, die Teilnehmenden und wies darauf hin, dass der Impuls für diese „Entwicklungspolitische Regionalkonferenz Süddeutschland“ aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) kam, das diese auch finanziell unterstützt.

„Welche Rolle spielt die Eine-Welt-Politik in Bund, Ländern und Kommunen?“ wurde in einem ersten Block gefragt. Dazu stellte DEAB-Vorstand Reinhard Hauff von Zentrum Entwicklungsbezogene Bildung der Evangelischen Landeskirche Württemberg zu Beginn die kritische Frage „Wessen Eine Welt ist gemeint, wer macht hier Politik und unter wessen Machtpolitik leiden zwei Drittel der Menschheit?“. Dr. Heike Litzinger vom BMZ beschrieb das Programm des Ministeriums, seine Schwerpunkte und seine Förderpolitik und stellte sich kritischen Fragen. Aus den für die Entwicklungspolitik zuständigen Landesministerien beider Länder waren leider keine Vertreter gekommen. Dr. Herbert O. Zinell, Oberbürgermeister aus Schramberg, beeindruckte dagegen mit seinem farbigen und überzeugten Beitrag. Seine Kommune unterstützt das kommunale Eine-Welt-Netzwerk aus zahlreichen bürgerschaftlichen Initiativen, so dass die Eine Welt für alle sichtbar und spürbar wird, Verantwortung übernommen wird – und das alles auch noch Spaß macht.

Dr. Alexander Fonari vom Eine Welt Netzwerk Bayern sprach für die NROs und nahm vor allem Bezug zum oben genannten Beschluss der Ministerpräsidenten. Er forderte, dass klare Zuständigkeiten in den Ministerien geschaffen werden und eine verstärkte Förderung des bürgerschaftlichen Engagements erfolgen muss.

Paulino Miguel und Mauricio Salazar von STUBE berichteten von dem neuen Projekt „Migration und Entwicklungspolitik“ vom Forum der Kulturen, das in Stuttgart MigrantInnenvereine bei ihrem entwicklungspolitischen Engagement für ihre Herkunftsländer unterstützt. Ihre zentrale Forderung: Migrantinnen und Migranten sollten ernst genommen werden als Schnittstelle zu ihren Ländern. Sie sollten aktiver in entwicklungspolitische Arbeit einbezogen werden. Dr. Norbert Stamm vom Eine Welt Netzwerk Bayern wies hin auf das große Potenzial internationaler Partnerschaften für das Globale Lernen. Tom Nagl, Koordinator des landesweiten Netzwerks „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ in Baden-Württemberg, regte im Rahmen eines World Cafés an, sich über Erfahrungen im Bereich „Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE)“ auszutauschen. Dabei wurde die Forderung laut, dass die Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“, BNE, in größerem Maße und verbindlich in die Lehreraus- und -fortbildung integriert werden soll; außerdem brauche es mehr Verknüpfung schulischer Praxis mit Nichtregierungsorganisationen.

Dr. Alexander Fonari vom Eine Welt Netzwerk Bayern und DEAB-Vorstand Ralph Griese vom forum für internationale entwicklung + planung (finep) informierten über die Entwicklungen in den beiden Bundesländern zum Thema Sozialstandards in der Öffentlichen Beschaffung. Dabei wurde deutlich, dass dringend eine bundesweite Website zum Thema „Keine öffentliche Beschaffung von Produkten, die mit ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt werden“ geschaffen werden muss, um die Umsetzung der entsprechenden Beschlüsse in den beiden Bundesländern zu unterstützen. Außerdem müssen mehr Beratungs- und Schulungskapazitäten geschaffen werden für Kommunen, die ebenfalls den oben genannten Beschluss gefasst haben.

Monika Dülge vom Verband der Nichtregierungsorganisationen (VENRO) stellte zum Abschluss eine neue bundesweite Initiative vor, die die entwicklungspolitische Inlandsarbeit ausweiten möchte - in einer gemeinsamen Anstrengung von Bund, Ländern, Kommunen und NROs.

■ Claudia Duppel, Geschäftsführerin des Dachverbands Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, DEAB.

Die ausführliche Dokumentation der Tagung ist zu finden unter [www.deab.de](http://www.deab.de)

### Stuttgart Open Fair - Festival des Wandels

Stuttgart Open Fair trägt dieses Jahr das Motto „Energie für eine andere Welt“. Vom 30. Januar bis 1. Februar präsentieren über 50 Initiativen aus der Region Stuttgart Filme, Musik, Diskussionen, Workshops, Aktionen und vieles mehr, um ein Zeichen für neue Energien, gegen Machthunger und für ein Klima der Sozialen Gerechtigkeit zu setzen – für eine Welt ohne Klimakatastrophen, Finanzkrisen, Hungersnöte und Armut.

Stuttgart Open Fair 2009 findet parallel zum Weltsozialforum in Belém (Brasilien) statt, einem der größten internationalen Treffen der Zivilgesellschaft. Das Weltsozialforum folgt der Devise: „Eine andere Welt ist möglich!“. Die Veranstalter wollen zeigen, dass Menschen vor Ort etwas verändern können.

#### Das Programm von Stuttgart Open Fair:

##### Donnerstag, 29. Januar, 20 Uhr:

Bericht: Brennpunkt Belém (Laboratorium)

##### Freitag, 30. Januar 2009, 19 Uhr:

Bürgerenergie statt Machthunger (Forum 3)

##### Samstag, 31. Januar 2009, 10 bis 18 Uhr:

- „WeltStattMarkt“ auf dem Stuttgarter Schlossplatz,
- Zeltstadt rund um die Schwerpunkte „Neue Energien, Machthunger macht Hunger und Klima der sozialen Gerechtigkeit“,
- Jugendprojekt „Fühl deiner Stadt auf den Zahn“,
- Liveschaltung nach Belém,
- Kohlosaurus – Ein Denkmal für die CO<sub>2</sub>-Schleudern.

#### Welt-Bühne im Zelt:

- Tobias Borke, Rapper
- „Kleingeldprinzessin“ aus Berlin
- Brasilianischer Chor u.v.a.
- Globale und regionale Leckereien
- Workshops, Vorträge, Filme im Forum 3

Ab 20 Uhr: Party 2009 (Forum 3)

##### Sonntag, 1. Februar 2009, 10 bis 14 Uhr:

Musikalisch-politischer Brunch unter dem Motto „Energien bündeln – Projekte und Perspektiven für 2009“ (Forum 3)

Information: SOFa 2009 - Sekretariat: Carol Bergin/Johannes Lauterbach, Nauklerstrasse 13, 72074 Tübingen, Tel. 07071/255608, [johanneslauterbach@gmx.net](mailto:johanneslauterbach@gmx.net), [www.stuttgart-open-fair.de](http://www.stuttgart-open-fair.de)

# Faire Richtlinien für Nestlé und Co

Multinationale Unternehmen drängen auf den Markt des Fairen Handels. Die konfessionellen Jugendverbände setzen sich für konkretere Richtlinien bei der Siegelvergabe ein, um die mächtigen Konzerne an die Ziele des Fairen Handels zu binden

Die zunehmende Bedeutung des Fairen Handels hat dazu geführt, dass auch multinationale Unternehmen wie Dole oder Nestlé Produkte mit dem Fair-Trade-Label siegeln lassen. Für die Fair-Handelsszene ergeben sich dadurch neue Herausforderungen. Die Gründung von TransFair und anschließend des internationalen Siegelsystems FLO (Fairtrade Labelling Organization International) stellten die Weichen für die Integration des Fairen Handels in das „herkömmliche“ Wirtschaftssystem.

Bei einer **Gesellschaftsreise der GEPA** zum Thema Kaffee vor rund einem Jahr, aber auch im Rahmen des Fair-Trade-Kongresses im November 2007 haben die Kooperativen mehrfach auf die Gefahr hingewiesen, die die Aufnahme der großen Multis in das faire Kaffeegeschäft bedeutet: Sie verfügen über Strukturen (Subunternehmen und Zulieferer), die bisher für das Fair-Trade-System schwer kontrollierbar sind. Wichtige Merkmale des Fairen Handels wie Partnerschaftlichkeit und die Stärkung von demokratischen Organisationsstrukturen finden nur wenig Beachtung. So wies

José Lecarnaqué von CEPIBO, Verband von Bio-Bananen-Kleinbauern, beim Fair-Trade-Kongress darauf hin, dass der Marktriase Dole, der auch eine Teilmenge Bananen mit Fairtrade-Siegel aus Peru exportiert, versuche, die Strukturen der organisierten Kleinproduzenten zu zerstören, den Markt zu dominieren und die Preise zu diktieren – mit fatalen Folgen und Abhängigkeiten. Das generell niedrige Bildungsniveau der Bauern spiele dem Konzern dabei in die Hände. Dole löse einige Kleinproduzenten aus der bisherigen Organisation heraus, arbeite eine Zeit lang öffentlichkeitswirksam mit ihnen zusammen, um sie dann fallen zu lassen. Die bestehenden Organisationen würden dadurch zerstört.

**Die Siegelorganisation FLO reagiert auf diese Kritik.** In einem „Strategic Review Process“ soll unter anderem der Umgang mit transnationalen Konzernen geregelt werden. Beispielsweise soll die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen und den Produzentengruppen so standardisiert werden, dass Nachteile für die Produzenten verhindert werden.

Die Dringlichkeit, solche Regeln zu entwickeln, haben die konfessionellen Jugendverbände „Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend“, „Bund der deutschen katholischen Jugend“ und die „Katholische Landjugendbewegung“ sowie die „Gemeinschaft Katholische Männer und Frauen“, mit einem Antrag an die TransFair-Mitgliederversammlung deutlich gemacht. Die konfessionellen Jugendverbände setzten sich bei der Mitgliederversammlung des Transfair e.V. im Juni 2008 für hohe Standards ein. Ihr Antrag „Konkrete Richtlinien und deren Umsetzung für die Zusammenarbeit mit multinationalen Unternehmen sind notwendig“ wurde mit nur drei Enthaltungen angenommen. Der Vorstand des Transfair e.V. wurde somit beauftragt, sich im Rahmen des „Strategic Review Process“ der Fairtrade Labelling Organization für die Überprüfung und Sicherstellung klarer, überprüfbarer Regeln in der Zusammenarbeit mit multinationalen Unternehmen einzusetzen. Nur durch hohe Standards, die auf einer entwicklungspolitischen Wirkungsanalyse beruhen, kann garantiert werden, dass das Wachstum des Fair-Handelssystems seinen Zielen entsprechend gerecht gestaltet wird und die Lebensbedingungen von benachteiligten Kleinbäuerinnen und -bauern verbessert werden. Dies muss möglich sein, auch wenn das Siegelsystem

die Aufgabe hat, Produkte, nicht Unternehmen zu siegeln und explizit ein nicht-exklusives System darstellt.

Die Antragssteller sind froh, dass sich diesbezüglich viel bewegt. Die entwicklungspolitische Wirkungsanalyse wird im Rahmen des Forums Fairer Handel mit Unterstützung von TransFair bereits in Angriff genommen. Im Rahmen von FLO wird an einer Erneuerung der Kriterien gearbeitet. Dies alles entlässt uns aber nicht von unserer Pflicht, in der Öffentlichkeit auf menschen- und umweltrechtsverletzende Aktivitäten in der Wirtschaft hinzuweisen, bzw. diesbezüglich mit den Unternehmen den Dialog zu suchen. Mit oder ohne Siegel, ohne Aktions- und Kampagnenarbeit wird sich nichts verändern.

■ Sussan Ipaktschi, Bund der deutschen katholischen Jugend, BDKJ.

FLO: In FLO, Fairtrade Labelling Organization International, sind weltweit rund 20 nationale Siegelinitiativen und Produzenten-Netzwerke zusammengeschlossen. FLO legt internationale Standards für die Vergabe des Fairtrade-Siegels fest.

**SOLAR ART**  
GESELLSCHAFT FÜR SOLARE ENERGIEGEWINNUNG

Sie können sich beteiligen!

für 5 Jahre

8%  
p.a.

Genussrechte

Wir machen die Sonne zu Ihrer Wertanlage.

Genussrechte 8% Zins,  
10% Gewinnbeteiligung,  
5 Jahre Laufzeit,  
ab 1000.- € Zeichnungssumme

Tel: 09343-627690 info@SolarArt.de www.solarart.de

## Genussrechte als nachhaltige direkte Unternehmensbeteiligung

Das Fotovoltaik-Unternehmen SolarArt e.K. plant bis Ende 2008 die Platzierung von 2 Millionen Euro für ihr Genussrecht.

Ein Genussrecht ist ein Darlehen an ein Unternehmen. Für dieses Darlehen bezahlt das Unternehmen einen jährlichen Zins und verteilt einen Anteil des Gewinns an die Genussrechtinhaber. Genussrechte sind über den Unternehmenswert abgesichert. Zinsen und Gewinnbeteiligung werden jährlich ausgeschüttet. SolarArt e.K. ist nicht börsennotiert, die Genussrechte werden nicht an der Börse gehandelt. Deshalb ist eine Kapitalanlage bei SolarArt e.K. vor der Talfahrt der Aktienkurse geschützt. Im Gegensatz zu Kommanditgesellschaften oder atypisch stillen Beteiligungen sind Genussrechte einfach gestaltet.

Genussrechte zählen zu den Gewinnern der Abgeltungssteuer.

Beteiligen Sie sich mit den SolarArt e.K. Genussrechten 2008 am Zukunftsmarkt der regenerativen Energien. Eine Investition in SolarArt e.K. Genussrechte 2008 ist eine Investition in den Klimaschutz.

Zeichnen Sie Genussrechte. Zeichnungsscheine erhalten Sie unter 09343-627690 oder unter [www.solarart.de](http://www.solarart.de)

Messe in Stuttgart

vom 29. bis 31. Januar 2009

Klimafreundliches Handeln steht im Mittelpunkt der Messe CEP® CLEAN ENERGY POWER 2009. Vom 29. bis 31. Januar 2009 können sich Besucher in der Landesmesse Stuttgart über erneuerbare Energien und Energieeffizienz bei Bau und Sanierung informieren. Themenspektrum: Photovoltaik, Solarthermie, Geothermie, Wärmepumpe, Kraft-Wärme-Kopplung, Biomasse, Stirling, Heizen mit Holz bis hin zu Energiedienstleistungen. Schwerpunkt: Bauen & Sanieren. Weitere Informationen zur Messe, den Kongressen und dem Rahmenprogramm gibt es unter: [www.cep-expo.de](http://www.cep-expo.de).

Scharmantes Design

Produktgestaltung und Grafik

[www.scharmant.de](http://www.scharmant.de)

Öko + Fair – das Plus für Ihren Einkaufskorb

Faire Produkte sind mehr als Kaffee und Bananen: Auch Erzeugnisse aus der Region, wie Milch, Brot und Bier, gibt es jetzt **Öko + Fair**. Faire Partnerschaften – das heißt für die ausgezeichneten Betriebe: soziale Verantwortung, langfristige Handelsbeziehungen und faire Erzeugerpreise.

Naturland Öko + Fair Partner

Mehr Infos unter:  
[www.faire-partnerschaften.de](http://www.faire-partnerschaften.de)

## Bester Weltladen gekürt

Im Wettbewerb der Weltläden konnte der Weltladen Dettingen die Jury in allen Kriterien überzeugen

Anlässlich der Fairen Woche 2008 hatte der Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, DEAB, zum Wettbewerb der Weltläden in Baden-Württemberg um die beste Medienarbeit aufgerufen. Der beste Internetauftritt, die kreativste Schaufenstergestaltung und die strukturierteste Medienarbeit wurden von einer hochkarätigen Jury bewertet. Angeführt vom Weltladen Dettingen gehören die Weltläden Botnang, Degerloch, Herrenberg, Ludwigsburg, Maichingen und Pfullendorf zu den besten Medienwerkern im Fairen Handel der Weltläden in Baden-Württemberg.



Preisverleihung vor dem Weltladen

Der Weltladen Dettingen beeindruckte die Jury durch seine hohe Professionalität sowie durch die Kontinuität und Kohärenz in der Verknüpfung der bewerteten Bereiche. Aber auch die Tatsache, dass sich die Gruppe seit langem für eine Verbindung des Fairen Handels mit Bio-Produktion engagiert, wurde positiv vermerkt. Hans H. Greuter von der Stuttgarter Werbeagentur Greuterwerbung und Mitglied der Jury stellte fest: „Der Weltladen Dettingen lässt überzeugend erkennen, wie sich Engagement für den Fairen Handel mit der Klarheit professioneller Kommunikation in eine Gestaltungswelt bringen lassen.“ Insbesondere folgende Aspekte vermerkte die Jury positiv:

**Webseite:** Vorbildlich ist die Webseite (www.weltladen-dettingen.de). Sie ist übersichtlich, aktuell und informa-

tiv mit klaren Texten. Der Auftritt ist professionell. Die Webseite besitzt eine hohe Besucherfrequenz mit 20.000 Seitenaufrufen und über 9.400 Besuchern im Monat. Das große Archiv hat 501 Unterseiten.

**Öffentlichkeitsarbeit:** Der Weltladen hat einen guten Draht zur Lokalpresse, zu Gemeinde- und Pfarrblättern. Er veröffentlicht rund 50 Informationstexte im Jahr (Produkte, Projekte, Aktivitäten, Kampagnen, Informationen zum Fairen Handel). Es gibt einen wöchentlichen Newsletter mit Archiv bis 2001. An der Bushaltestelle hängen Plakate. In der Schule fand eine Afrikawoche statt. Durch die Kooperation mit dem Fair Trade Point an der Universität Konstanz erreicht die Öffentlichkeitsarbeit ein zusätzliches Umfeld mit ca. 10.000 Studenten und Mitarbeitern der Universität.

**Schaufenster:** Das Thema ist klar erkennbar, der Blick in den Laden möglich. Das Schaufenster ist gut beleuchtet, weist eine regelmäßige Neugestaltung auf, die Zielgruppe ist erkennbar.

Die Preisverleihung fand zum Abschluss der Fairen Woche im Dettinger Weltladen statt. Bei strahlendem Sonnenschein verlieh Markus Boese, Fair-Handels-Berater beim DEAB, dem Weltladenteam um ihren Initiator und Motor Tobias Döpfner die Urkunde und einen Geschenkgutschein, spendiert von den Fair-Handelsorganisationen dwp und GEPA. Der Wettbewerb zeigt wiederholt, dass die rund 200 Weltläden in Baden-Württemberg auf dem Weg sind, sich als professionelle Fachgeschäfte für Fairen Handel zu etablieren. Weltläden haben ein einheitliches Erscheinungsbild im Rahmen einer bundesweit gültigen CD-Linie, sie arbeiten trotz aller Ehrenamtlichkeit in professionellen Teams und kommunizieren den Fairen Handel engagiert und vorbildlich. Die 200 Weltläden in Baden-Württemberg erwirtschaften jährlich einen Umsatz von mehr als 10 Mio Euro und beschäftigen rund 5.000 Ehrenamtliche.

Markus Boese, Fair-Handels-Berater, Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, DEAB e.V.

Im Profil:

Der Weltladen Dettingen, Jahresumsatz: 52.000 Euro, Verkaufsfläche: 27 qm, ehrenamtlich Mitarbeitende: 19. Besonderheiten: Agenda Kaffee „Konstanzer Mischung“, Fair-Trade-Point an der Universität Konstanz, Dettinger Wald in Ghana, Apfel-Mango-Birnen-Saft, Faire Mangoeis.

## Schutz vor Gentechnik gefordert

„Yes we can - Baden-Württemberg 2009 gentechnikfrei!“ So lautet das Motto des Aktionsbündnis Gentechnikfreie Landwirtschaft

„Ministerpräsident Oettinger, zeigen Sie der Agrogentechnik-Lobby die Rote Karte und stellen Sie die Weichen für gentechnikfreie Regionen im Südwesten“. Dies fordern 70 Vertreter der gentechnikfreien Regionen in Baden-Württemberg. Das Aktionsbündnis Gentechnikfreie Landwirtschaft in Baden-Württemberg, zu dem auch der Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, DEAB, gehört, läutete auf seinem Strategietreffen der Gentechnikfreien Regionen im November das Kampagnejahr „Yes we can - Baden-Württemberg 2009 gentechnikfrei“ ein. Die Teilnehmer fordern die Landesregierung auf, der Initiative von Bayern zu folgen und Baden-Württemberg als rechtlich verankerte gentechnikfreie Region auszurufen. Mehr als 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger erteilten der Gentechnik in der Landwirtschaft eine klare Absage, so das Bündnis. „Die Landesregierung kann nicht länger die Augen vor dem Wunsch der Bevölkerung schließen, die gentechnikfreien Regionen auf rechtlich abgesicherte Füße zu stellen“, erklärt Birgit Eßlinger, Koordinatorin des Aktionsbündnisses Gentechnikfreie Landwirtschaft in Baden-Württemberg. Schon jetzt haben sich 5.000 baden-württembergische Landwirte mit einer Fläche von rund 150.000 Hektar zu 29 gentechnikfreien Regionen zusammengeschlossen. Das entspricht mehr als 17 Prozent der Ackerfläche des Landes. Darüber hinaus haben sich 27 Gemeinden und die Landkreise Ostalb, Heidenheim und Main-Tauber-Kreis als gentechnikfrei erklärt. Da weder Selbstverpflichtungserklärungen von Landwirten noch Beschlüsse von Gemeinden und Landkreisen recht-

lich bindende Wirkung über die eigenen Flächen hinaus haben, könnte ein einziger Landwirt, der genveränderte Pflanzen anbaut, die Ernte seiner Nachbarn kontaminieren und ihre Bemühungen für gentechnikfreie Lebensmittel untergraben. Das Bündnis fordert die Landesregierung auf, gentechnikfreie Regionen zu unterstützen und rechtlich zu verankern.

Anzeige

**Bioland**  
ÖKOLOGISCHER LANDBAU

Wir arbeiten ohne Gentechnik!

Einkaufen direkt  
beim Bioland-Erzeuger  
– frisch und fair aus der Region!

Alle Einkaufsadressen finden Sie unter  
[www.bioland-bw.de](http://www.bioland-bw.de)

Gerné schicken wir einen kostenlosen Bio-Einkaufsführer zu!

Bioland Landesverband Baden-Württemberg e.V.  
Schelztorstr. 49, 73728 Esslingen, Tel.: 0711/55 09 39-0

### Umfrage: Bitte mitmachen!

Um die Datenbasis der wirtschaftlichen Situation baden-württembergischer Weltläden zu aktualisieren, ruft der Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, DEAB, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Weltläden dazu auf, sich an der Umfrage zu den finanziellen Kennzahlen zu beteiligen. Das aufschlussreiche Ergebnis der letzten Umfrage kann in Südzeit Nr. 39 oder auf der Homepage des Dachverbands [www.deab.de](http://www.deab.de) (unter Themen) nachgelesen werden. Der Fragebogen ist übersichtlich gestaltet und beschränkt sich auf eine DIN-A4-Seite. Die Teilnahme ist wichtig, weil die Umfrage die einzige Möglichkeit darstellt, eine Datenbasis zu schaffen, von der insbesondere die Weltläden profitieren können. Wer noch kein Datenblatt besitzt oder Fragen beim Ausfüllen des Formulars hat, kann sich gerne an Fair-Handelsberater Sebastian Mezger wenden. Das Datenblatt sollte bis 15. Januar per Mail, Post oder Fax geschickt werden an: Sebastian Mezger, Fair-Handelsberater, Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V. (DEAB), Weißenburgstr. 13, 70180 Stuttgart, Tel. 0711/2207977, Fax 0711/6453-136.

## Termine

### Januar

#### Stuttgart

Bis 28. Juni: Sonderausstellung Schamanen Sibiriens: Magier, Mittler, Heiler. Die Ausstellung präsentiert die Lebensgeschichten historischer Schamanen. Sie thematisiert Sibirien aber auch im Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne. Ein facettenreiches Begleitprogramm bestehend aus Konzerten und Tanzperformances sibirischer Ensembles, Workshops, Filmen und Vorträgen sowie ein spannendes Kinderprogramm laden zu einer Reise in die sichtbaren und unsichtbaren Dimensionen des Kulturraums Sibirien ein. Information: Lindenmuseum Stuttgart, www.lindenmuseum.de, Tel.0711/20223.

#### Stuttgart

7. Januar: Die kleine Verkäuferin der Sonne. Spielfilm, Wolof mit Untertiteln. Afrika-Abteilung des Lindenmuseum Stuttgart um 19 Uhr 30. Information: www.lindenmuseum.de, Tel.0711/20223.

#### Stuttgart-Hohenheim

9. bis 10. Januar: Tag der Verbände: Global denken, lokal handeln, europäisch sein? Was hat Europa mit uns zu tun? Information: www.ako-drs.de

#### Offenburg

14. Januar: Grundkurs Weltladen VIII - Der Weltladen als Unternehmen. Der Grundkurs Weltladen ist eine systematische Qualifikation. Es handelt sich um ein bundesweit einheitliches Fortbildungsprogramm. Inhalte des GK VIII: Grundlagen der betriebswirtschaftlichen Organisation, Musterkalkulation, wirtschaftliche Kennzahlen. Referentin: Birgit Lieber, DEAB e.V. Anmeldung: Christine Junker, Tel. 0781/77 224, weltladenregentropfen@t-online.de



Eine Schamanin

#### Stuttgart

14. Januar: Kritik des Neoliberalismus. Zur Überwindung seiner psychischen und sozialen Folgen. Beginn des Vortrags: 18 Uhr 30 im Gewerkschaftshaus Stuttgart. Information: baerbel.illi@verdi.de

#### Backnang

21. Januar um 11 Uhr: Ausstellungseröffnung „regioFAIRglobal“. Zusammenhänge zwischen Umwelt- und Landschaftsschutz, Armut, Entwicklungspolitik und unserem Konsumverhalten. Ort: Weltladen Backnang.

#### Bad Boll

22. bis 24. Januar: „Flüchtlinge, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler“, Tel. 07164/79-217, reinhard.becker@ev-akademie-boll.de

#### Stetten/Fildern

23. bis 24. Januar: Seminar „Nigeria heute“, cwd@ejwue.de

#### Freiburg

23. Januar: Workshop „Nachhaltige öffentliche Beschaffung“ für MitarbeiterInnen von Kommunen, KommunalpolitikerInnen sowie VertreterInnen von Weltläden und Initiativen, die sich mit der Thematik auseinandersetzen. Informationen: u.umpfenbach@deab.de.

#### Leinfelden-Echterdingen

23. bis 24. Januar: Seminar „Der Riese Afrikas“; mit Mr. Edward Anzaku, Coordinator der YMCAs in Nord-Nigeria. Ort:

Tagungs- und Bildungsstätte des ejw, Bernhäuser Forst Leinfelden-Echterdingen (Stetten).

Anmeldung: CVJM-Weltdienst, Tel. 0711/9781-350, cwd@ejwue.de

#### Stuttgart-Vaihingen

24. Januar um 19 Uhr: Autorenlesung zur Neuerscheinung des Buches: „Mein Gott Afrika“ mit anschließendem Gespräch zur gegenwärtigen Situation in Nigeria. Ort: Buchhandlung des Evangelischen Jugendwerkes in Württemberg „buch und musik“, Häberlinstr.1-3, Stuttgart-Vaihingen. Information: Brunhilde Clauß, Tel. 0711/63678-42.

#### Stuttgart

30. Januar bis 1. Februar: Stuttgart Open Fair. Information: Tel. 07071/255608, johanneslauterbach@gmx.net, www.stuttgart-open-fair.de

### Februar

#### Rottweil

3. Februar: Abenteuer Menschlichkeit: Die Erinnerungen des Rupert Neudeck. Um 20 Uhr im Festsaal der Gymnasien. Eintritt: 7 Euro, ermäßigt 3,50 Euro, www.ev-kirche-rottweil.de

#### Stuttgart

4. Februar: Finanz- und Wirtschaftskrise: Wer oder was ist die Ursache? Vortrag von Dr. Peter Samol, Soziologe, um 20 Uhr im Gewerkschaftshaus Stuttgart. Information: baerbel.illi@verdi.de

#### Bad Boll

6. bis 8. Februar: „Krieg ist kein Kinderspiel“, Tagung zur „Aktion Rote Hand“ gegen den Missbrauch von Kindern in Kriegen; Information: Tel. 07164/79-307, andrea.titzmann@ev-akademie-boll.de

#### Bad Boll

12. bis 13. Februar: Armutsbekämpfung durch Soziale Grundsicherung - weltweit? Information: Tel. 07164/79-266, helga.steck@ev-akademie-boll.de

#### Karlsruhe

13. Februar: Workshop „Nachhaltige öffentliche Beschaffung“ für MitarbeiterInnen von Kommunen, KommunalpolitikerInnen sowie VertreterInnen von Weltläden und Initiativen, die sich mit der Thematik auseinandersetzen. Informationen: u.umpfenbach@deab.de.

#### Stuttgart-Wangen

17. Februar: Al Omri, Kinderhilfe Palästina. Um 19 Uhr in der Begegnungsstätte Wangen, Ulmerstr.347, 70327 Stuttgart - Wangen.

#### Hohebuch

17. und 18. Februar: ASG-Seminar „lokal - regional - global, über die Zukunft der Lebensmittelerzeugung“. Ort: Ländliche Heimvolkshochschule in Hohebuch. Information und Anmeldung bis 7. Februar: Bildungs- und Sozialwerk des LandFrauenverbandes Württemberg-Baden, Gabriele Muntwiler, Tel. 0711/24 89 27 12, muntwiler@landfrauen-bw.de

#### Stuttgart

28. Februar, 14 und 15 Uhr: Die weite Welt in Worten: Was sich Indianer am Lagerfeuer erzählen. Erzählungen für Geschichtenfreunde von 4 bis 100 Jahren. Information: Lindenmuseum Stuttgart, Tel.0711/20223, www.lindenmuseum.de

#### Stuttgart

28. Februar: Eröffnung der bundesweiten MISEREOR-Fastenaktion.

Ab 10 Uhr Aktionstag in Stuttgart, St. Eberhard, Haus der Katholischen Kirche, Königstraße, mit Aktion Solibrot, Aktion Fairwear, Aktion „Coffee-Stop“, Aktion Arche Noah, Singspiel-Aufführung, Jugend-Klima-Karawane, Kunstausstellung, Empfang der Hungertuchwallfahrer.

1. März: Pontifikalamt, 10 Uhr, in St. Eberhard mit Bischof Fürst und Bischöfen aus aller Welt. SWR-TV-Live-Übertragung.

Information: Tel. 0711/9791-235, ako@blh.drs.de, www.ako-drs.de

### März

#### Bad Boll

6. bis 8. März: 50 Jahre Tibeter im Exil. Tel. 07164/79-347, irmgard.metzger@ev-akademie-boll.de

#### Bad Boll

13. bis 14. März: Chancengleichheit und Vielfalt. Information: Tel. 07164/79-217, reinhard.becker@ev-akademie-boll.de

#### Stuttgart

14. März, 14 bis 16 Uhr: Tausend Kraniche für die Gesundheit. Familienprogramm ab 6 Jahren. Information: Lindenmuseum Stuttgart, www.lindenmuseum.de, Tel.0711/20223.

#### Stuttgart

26. März: Grundeinkommen - Chancen und Risiken aus Frauensicht, um 18 Uhr im Gewerkschaftshaus Stuttgart, kleiner Saal, Willi-Bleicher-Str. 20. Information: baerbel.illi@verdi.de

#### Bad Boll

27. bis 29. März: Afghanistan - Land ohne

Frauen? Information: Tel. 07164/79-217, reinhard.becker@ev-akademie-boll.de

### April

#### Stuttgart

2. April: Film- und Gesprächsabend „Kann denn Mode Sünde sein?“. Der Film „China Blue“ porträtiert das Leben von drei Textilarbeiterinnen, die ihre Heimat verlassen haben, um Geld für sich und ihre Familie zu verdienen. Anschließend Diskussion. Ort: EFW-Landesstelle, von 18-21 Uhr.

Informationen und Anmeldung: Evangelische Frauen in Württemberg (EFW), Tel. 0711/2068-279, -281, tanja.urban@elk-wue.de, www.frauen-efw.de

#### Berlin

24. bis 26. April: McPlanet.com Kongress. McPlanet.com bringt in über 100 Veranstaltungen Aktive aus Umwelt- und globalisierungskritischer Bewegung, aus Politik, Kirche und Kultur, aus Wirtschaft und Wissenschaft zusammen, um über Globalisierung und Umwelt zu diskutieren und zu informieren. www.mcplanet.com

#### Freiburg

25. April: Mitgliederversammlung des DEAB. www.deab.de

**Terminhinweise für die April-Ausgabe von Südzeit senden Sie bitte bis 15. Februar an: suedzeit@deab.de**

#### Bildquellen:

- S. 5: Pazifik-Informationsstelle: wwf- south pacific, Wikipedia
- S. 6: Ecumenical Water Network
- S.7: dwp
- S. 8: Baumann/Misereor
- S. 10: dwp
- S. 12: Volker Ueckert
- S. 13: gebana
- S. 13: privat
- S. 14: privat
- S. 15 oben: Gana Unnayan Kendra/Net; unten: Niko Richter/Net
- S. 16: ecovision
- S. 17 links: Bergwaldprojekt, Mitte: privat, rechts: Weltladen Dettingen
- S. 18: Poema
- S. 21: gebana
- S. 22: Hummel
- S. 26: privat
- S. 28: Lindenmuseum
- S. 30: privat
- S. 32: EPIZ

**plattsalat**  
der bio-mitgliederladen  
im stuttgarter westen

selbstverwaltet  
fair  
günstig

**plattsalat**  
bismarckstr. 55/II · www.plattsalat.de · offen: di & do 10-13 & 16-20 · mo & fr 16-20 · sa 10-14

gegen vorlage dieser anzeige  
können sie einmal bei plattsalat  
einkaufen ohne mitglied zu sein

Oikocredit Förderkreis  
Baden-Württemberg e.V.  
Am Kochenhof 7  
70192 Stuttgart  
0711-245011  
fk.baden-  
wuerttemberg@oikocredit.org  
www.oikocredit.org/sa/bw



**Sie legen Ihr Geld an – die Rosenfarm Nevado Ecuador erhält einen Kredit um fair gehandelte Rosen anzubauen.**

Briefe

Gratulation

Ich finde das neue Aussehen von Südzeit sehr schön und gratuliere.

Hans Bay, Calw (95 J.)

Anregungen erhalten

Vielen Dank für den Artikel über das afrikanische Restaurant „hati alem“ in Südzeit 37! Der Eine Welt Verein Reutlingen machte daraufhin seinen Mitarbeiterausflug mit 30 Leuten nach Schorndorf, speiste Injera und Alichha bei Jemane Tesfai und traf sich dann zum Erfahrungsaustausch mit den Mitarbeitenden des Weltladens „El Mundo“. – Wie lautet euer Tipp für unseren nächsten Ausflug?

Jürgen Quack

mehr Wald gentechnisch veränderten Sojamonokulturen. Bauern versuchen, sich der Expansion des Sojaanbaus durch Agrarkonzerne zu erwehren. Doch die Regierung geht gewaltsam gegen landlose Kleinbauern vor. Zwei Bauernführer wurden bereits ermordet und viele Bauern wurden inhaftiert. Ein Protestaufruf unter: [www.regenwald.org](http://www.regenwald.org)



Exklusiv für Weltläden

Das Fair-Handelshaus GEPA hat ein Sortiment ausschließlich für Weltläden herausgebracht. Die neuen „Weltladen Exklusiv“-Produkte sollen das Profil der Weltläden als Fachgeschäfte des Fairen Handels stärken, so das Handelshaus. Den Start machen sieben Produkte.

Oikocredit macht Plus

Die internationale ökumenische Entwicklungsgenossenschaft Oikocredit rechnet trotz der weltweiten Finanzkrise mit einem deutlichen Plus bei ihren nachhaltigen Geldanlagen. Die Genossenschaft teilte mit, dass sie von Januar bis September 2008 bei ihren ethischen Anlagen einen Zuwachs von rund 20 Millionen Euro erzielte. „Mikrofinanz-Institutionen funktionieren anders als reguläre Banken und sind deshalb augenblicklich nicht von der Finanzkrise betroffen“, sagte Oikocredit-Geschäftsführerin Manuela Waitzmann. Information: [fk.baden-wuerttemberg@oikocredit.org](mailto:fk.baden-wuerttemberg@oikocredit.org), [www.oikocredit.org/sa/bw](http://www.oikocredit.org/sa/bw)

Stadtradeln

Fast 2.000 Radfahrer, darunter zahlreiche Kommunalpolitiker, beteiligten sich an der Klima-Bündnis-Kampagne Stadtradeln. Das Klima-Bündnis zeichnete neun Städte aus. Tübingen erreichte mit über 53.000 Kilometern den ersten Platz als „Fahrradaktivste Stadt mit den meisten Rad-Kilometern“. In diesem Jahr sucht das Klima-Bündnis wieder Politikerinnen und Politiker sowie Bürgerinnen und Bürger, die für das Klima und ihre Stadt oder Gemeinde in die Pedale treten. Der dreiwöchige Aktionszeitraum liegt zwischen Juli und Oktober. Informationen: Sabine Morin, Tel. 069/717139-14, [s.morin@klimabuendnis.org](mailto:s.morin@klimabuendnis.org), [www.stadtradeln.de](http://www.stadtradeln.de)

Aktionen gegen Aids

Die nächste Nacht der Solidarität wird am 20. Juni stattfinden. Wer sich beteiligen möchte, kann seine Veranstaltungen auf der Internetseite des Aktionsbündnisses eintragen lassen. Materialien gibt es im Vorfeld auf der Internetseite oder zum Bestellen im Kampagnenbüro: Aktionsbündnis gegen AIDS, Tel. 07071/206537, [mail@aids-kampagne.de](mailto:mail@aids-kampagne.de)

Faire Textilien in Esslingen

Im frisch renovierten Esslinger Weltladen finden die Besucher seit kurzem Kleidung, Taschen, Schuhe, Kosmetik und Schmuck. Möglich wurde die Sortimentserweiterung, weil ein benachbartes Geschäft übernommen werden konnte und damit ein zusätzlicher heller Verkaufsraum zur Verfügung steht.

Mailaktion für Ghana

Das US-amerikanische Bergbauunternehmen Newmont plant im Osten Ghanas eine Goldmine auf einer Gesamtfläche von 1.915 Hektar. Dafür sollen unter anderem 74 Hektar eines Waldschutzreservates zerstört werden. Die in dem Gebiet lebende Bevölkerung, hauptsächlich Kleinbauern, fürchtet um ihre Existenz. Die Menschenrechtsorganisation fian hat eine Mailaktion gestartet. Information: [www.fian.de](http://www.fian.de)

Prämierter Saft

Der vom effata Weltladen mitinitiierte Apfel-Mango-Maracuja-Saft wurde auf dem Deutschen Kongress für Nachhaltigkeit in Leipzig mit dem ZeitzeiChen Preis 2008 ausgezeichnet. ZeitzeiChen wird verliehen vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, der Grünen Liga und der Deutschen Umwelthilfe. Mit dem Preis soll beispielhaftes Engagement für eine lebenswerte Zukunft ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden. Der Apfel-Mango-Maracuja-Saft ist ein Projekt im Rahmen der lokalen Agenda der Stadt Heidelberg.

Anfordern

Ausstellung regioFAIRglobal

Das „forum für internationale entwicklung + planung“, finep, bietet in Kooperation mit dem Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, DEAB, von Januar bis August 2009 eine Wanderausstellung zum Themenbereich Fairer Handel und regionale Produkte für Gruppen und Organisationen in Baden-Württemberg an. Die zehn leicht aufzubauenden Ausstellungstafeln zeigen anhand verschiedener Themen wie Milch, Honig, Wein, Kaffee, Kakao und

Bananen, die Zusammenhänge zwischen Umwelt- und Landschaftsschutz, Armut, Entwicklungspolitik und unserem Konsumverhalten auf. Begleitet wird die Ausstellung von einem Vortrags- und Seminarangebot. Gefördert wird das Bildungsprojekt von der Landesstiftung Baden-Württemberg und dem eed. Informationen und Anfragen: [www.finep.org](http://www.finep.org); [melanie.oertel@finep.org](mailto:melanie.oertel@finep.org); Tel. 0711/91242692.

Materialmappe Globales Lernen

Die Mappe „Ich bin zu Hause in Indien“ lädt Kinder im Vor- und Grundschulalter zu einer Entdeckungsreise nach Indien ein. Sie enthält ein Kinderbuch, ein Begleitheft mit statistischen Daten zu Indien, Informationen zu Geschichte, Politik und gesellschaftlichem Kontext sowie Literaturtipps. Bezug: Kirchlicher Entwicklungsdienst der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche, Ines Behrends, Wulfsdorfer Weg 29, 22949 Ammersbek, Tel. 040/6052603, [info@ked-nordelbien.de](mailto:info@ked-nordelbien.de), [www.nmz-mission.de](http://www.nmz-mission.de)

Exakt formulieren

Das Forum Fairer Handel hat Formulierungsempfehlungen für eine differenzierte Kommunikation für Weltläden und Multiplikatoren entwickelt. Neben dieser Handreichung für Weltladen-Mitarbeitende gibt es auch eine Version für Verbraucher, die sich zur Veröffentlichung - etwa auf den eigenen Internetseiten - anbietet. Daneben gibt es kostenlose Broschüren zu vielfältigen Themen. Information: [www.forum-fairer-handel.de](http://www.forum-fairer-handel.de)

Gebrauchte Kleidung

Das Informations- und Aktionshandbuch „Gebrauchtkleidung zwischen Hilfe und Handel“ enthält Beiträge zur Sammlung und Verwertung von Gebrauchtkleidung. Das Handbuch ist als Loseblattsammlung erschienen und soll nach und nach ergänzt werden. Dachverband FairWertung e.V., [www.fairwertung.de](http://www.fairwertung.de), [info@fairwertung.de](mailto:info@fairwertung.de), Tel. 0201/62 10 67.

Zukunftsfähige Bioenergien

Ein Arbeitsheft rund um den Klimaschutz, nachwachsende Energierohstoffe und die Chancen auf Entwicklung für Schulen ab Klasse 8 und für Erwachsene. Einzelpreis: 5,00 Euro. Bezug: Welthaus Bielefeld. Tel. 0521/98648-0, [info@welthaus.de](mailto:info@welthaus.de)

Flussumleitung in Brasilien

Das Sonderheft zum Umleitungsprojekt des Sao-Francisco-Flusses in Brasilien informiert über das umstrittene Großprojekt und die Widerstandsbewegung. Information: Kooperation Brasilien, [kooperationbrasilien@googlemail.com](mailto:kooperationbrasilien@googlemail.com) oder [www.kooperation-brasilien.org](http://www.kooperation-brasilien.org)

Web-Info

Studie Klimawandel

Die neue Studie von Südwind trägt den Titel „Klimawandel und Technologietransfer“. Information: SÜDWIND e.V., Tel. 02241/53617, [info@suedwind-institut.de](mailto:info@suedwind-institut.de). Download: [www.suedwind-institut.de/0dt\\_sw-start-fs.htm](http://www.suedwind-institut.de/0dt_sw-start-fs.htm)

Online-Bibliothek Fairer Handel

In der Online-Bibliothek des Forums Fairer Handel gibt es Hinweise auf das vielfältige Material des Fairen Handels. Inzwischen sind ca. 500 Medien rund um den Fairen Handel, Hintergründe zum Welthandel, Unterrichtsmaterialien, Filmmaterial, Fachbücher und kostenlose Downloads aufgenommen. Darüber hinaus stehen Publikationen des Forums Fairer Handel zur Verfügung. [www.forum-fairer-handel.de](http://www.forum-fairer-handel.de)

Datenblatt Entwicklungspolitik

Das Welthaus Bielefeld hat ein neues Datenblatt Entwicklungspolitik herausgegeben. Dort finden sich die neuesten statistischen Daten zu Bevölkerung, Armut, Hunger, Kindersterblichkeit, Welthandel, Energieverbrauch und viele weitere Informationen. Das Datenblatt ist abrufbar: [www.welthaus.de/globales-lernen/datenblatt-entwicklungspolitik](http://www.welthaus.de/globales-lernen/datenblatt-entwicklungspolitik)

Klimaschutz und Gesundheitskosten

Das europäische Gesundheitssystem kann bis zu 25 Mrd. Euro einsparen, wenn die Europäische Union ein anspruchsvolles Energie- und Klimapakett verabschiedet. Zu diesem Ergebnis kommt die englischsprachige Studie „The co-benefits to health of a strong EU climate change policy“: [www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/pdf\\_neu/WWF\\_Health\\_Report\\_September\\_2008.pdf](http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/pdf_neu/WWF_Health_Report_September_2008.pdf)

Broschüre: Erneuerbare Energien

Die Broschüre „Der volle Durchblick in Sachen Erneuerbare Energien“ der Agentur für Erneuerbare Energien beantwortet häufig gestellte Fragen zu den Potenzialen erneuerbarer Energien. Profis finden Unterstützung und Anregungen für die Energie-Diskussion: [www.unendlich-viel-energie.de/uploads/media/Broschuere\\_Durchblick\\_Erneuerbare\\_Energien\\_01.pdf](http://www.unendlich-viel-energie.de/uploads/media/Broschuere_Durchblick_Erneuerbare_Energien_01.pdf)

Oxfam-Studie

Wer profitiert von der Nahrungsmittelkrise? Welche Maßnahmen ergreift die Politik? Diese und andere Fragen beantwortet die Oxfam-Studie „Double Edged Prices“; [www.oxfam.de/download/double-edged-prices.pdf](http://www.oxfam.de/download/double-edged-prices.pdf)

Kunst und Kultur

Berliner Compagnie

Die Berliner Compagnie geht auf Tour. Für einige Theaterstücke sind noch Buchungen möglich. Informationen: Tel. 089/129 8624, [www.berlinercompagnie.de](http://www.berlinercompagnie.de)

Pantheater

Die Schauspieler des Pantheaters spielen ihre Theaterstücke, die von fernen Ländern handeln, für Schüler und für Erwachsene. Informationen: [www.pantheater.de](http://www.pantheater.de)

Memory Books

„Memory Books – damit du mich nie vergisst“ beschreibt die Situation aidskranker Frauen. Die Memory-Books sind individuell gestaltete Hefte, in denen Mütter, die HIV-positiv sind, ihre Erinnerungen und Wünsche für ihre Kinder aufschreiben. Diese sind für die Zeit bestimmt, in der sie ohne Mütter werden aufwachsen müssen. Die Filmemacherin Christa Graf hat mit vielen Frauen über ihr Memory Book gesprochen. Information und Filmtrailer unter: [www.eed.de/memory-books](http://www.eed.de/memory-books). EZEF in Stuttgart wird den Film nach der Kinoausstrahlung als DVD herausgeben.

Afrika in der Schule

Vom 15. Mai bis 15. Juni ist das ghanaische Künstlerensemble „Adesa“ in Süddeutschland und kann Veranstaltungen an Schulen durchführen. Information: [www.adesa-ghana.de](http://www.adesa-ghana.de), [u.hildebrand@brot-fuer-die-welt.de](mailto:u.hildebrand@brot-fuer-die-welt.de)

Vorschau

Die nächste Ausgabe von Südzeit erscheint im April. Lesen Sie darin:

Stuttgart Open Fair

Informationen rund um das Stuttgarter Festival des Wandels.

Zeit

Vom Umgang mit dem knappen Gut.

Fairer Handel

Der Faire Handel und seine Mitbewerber.

Informationen: [www.deab.de](http://www.deab.de)





Bild eines jungen Forschers. Foto: EPIZ

## Wasser: Die unschätzbare Kostbarkeit

Ausgerüstet mit Keschern und Gummistiefeln haben sich die Zwergspechte des Naturschutzbundes auf die Spurensuche im Bach begeben. Die Kinder im Alter ab sieben Jahren beobachteten genau, was sich im kühlen Nass tummelt. Sie haben auf diese Weise viel Neues über das Gewässer vor ihrer Haustür erfahren. Anschließend lernten sie einen Fluss in weiter Ferne kennen. Wie die Zwergspechte haben sich viele Kinder und Jugendliche am Projekt „Living Rivers“ beteiligt, welches das Entwicklungspädagogische Informationszentrum (EPIZ) initiiert hat. Es nimmt Bezug auf das Millenniumsziel der Vereinten Nationen, bis zum Jahr 2015 den Anteil der Menschen zu halbieren, die hygienisches Trinkwasser entweder nicht erreichen oder es sich nicht leisten können.

Die Kinder und Jugendlichen haben gelernt, dass sich in den vergangenen hundert Jahren der weltweite Wasserverbrauch fast verzehnfacht hat. Sauberes Trinkwasser ist für 1,2 Milliarden Menschen Mangelware. Achtzig Prozent aller Krankheiten in den Ländern des Südens sind auf verunreinigtes Wasser zurückzuführen.

Die vielen Erfahrungen und Informationen, die die Kinder und Jugendlichen gesammelt haben, verarbeiteten sie kreativ. Ihre kunterbunten Bilder, Papier-Seerosen und Schaubilder sind in der Ausstellung „Living Rivers. Von lokalen zu globalen Wasserwelten: Wasser ist Lebensraum und Menschenrecht“ zu sehen. Die Ausstellung kann ab April bei EPIZ ausgeliehen werden: [info@epiz.de](mailto:info@epiz.de) oder Tel. 07121/491060.

Ich möchte Südzeit abonnieren!  
Bitte ankreuzen:

- Normales Abo: Vier Ausgaben für 10 Euro im Jahr  
 Unterstützer-Abo: Vier Ausgaben für 25 Euro im Jahr

Name \_\_\_\_\_

Strasse / Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ / Wohnort \_\_\_\_\_

Email / Telefon \_\_\_\_\_

X Datum und Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte  
ausreichend  
frankieren,  
danke!

## Südzeit

Abo-Verwaltung  
Uta Umpfenbach  
Lehmenstr. 4  
71254 Heimerdingen

Wir gehen für Sie in  
die Tiefe:

**Abonnieren Sie  
Südzeit!**

